



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
— BÜCHEREI —

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 9

September 1969

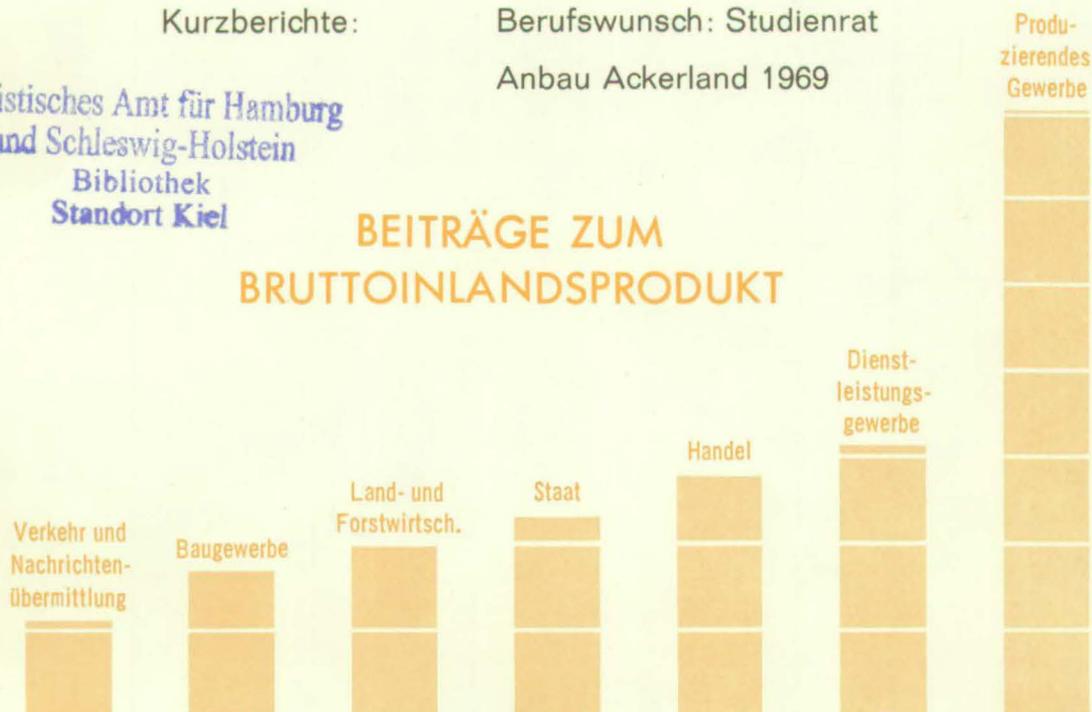
Grafik des Monats: Beschäftigtenbewegung Industrie

Aufsätze:
Strafurteile 1967
Wandlungen Industriestruktur (Teil 2)
Wohnungen in Kiel 1968
Arbeitskämpfe 1899-1968

Kurzberichte:
Berufswunsch: Studienrat
Anbau Ackerland 1969

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

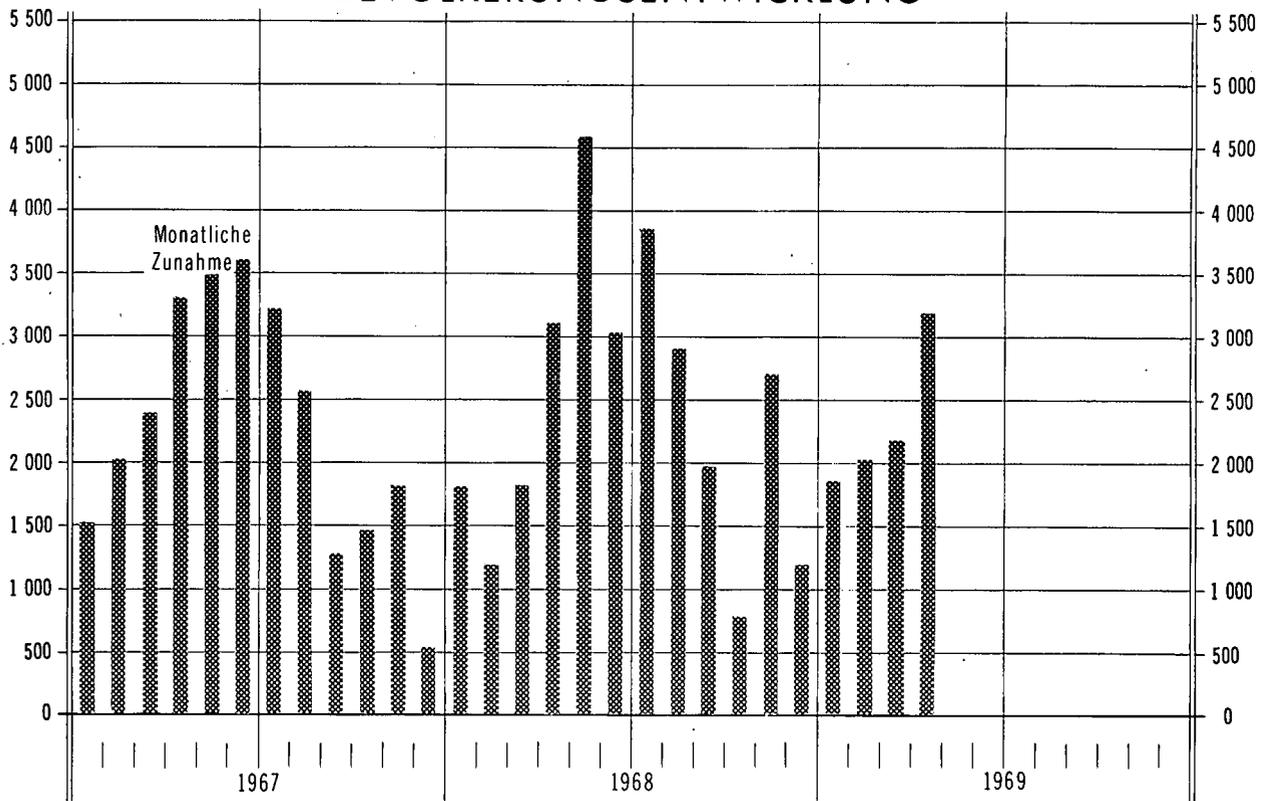
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

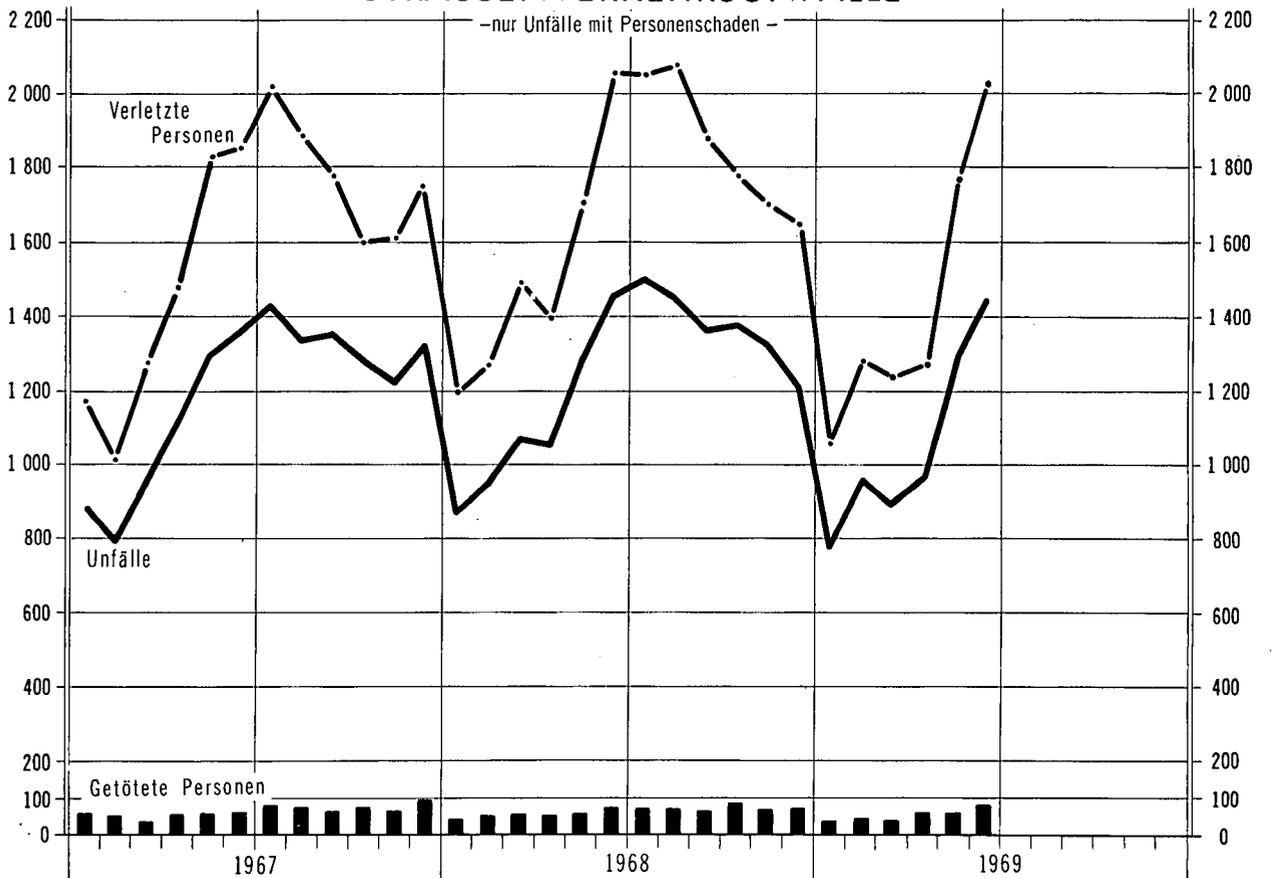
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 4008

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE





STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 9

September 1969

Aktuelle Auslese



Weiterhin steigende Einwohnerzahl

Im ersten Vierteljahr 1969 nahm die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins um fast 6 100 Personen zu. Damit erhöhte sich die Bevölkerung des Landes bis Ende März 1969 auf fast 2 535 000 Personen. Die Zunahme ergab sich zu rund einem Drittel aus dem Geburtenüberschuß und zu annähernd zwei Dritteln aus dem Wanderungsgewinn.

Weniger Geborene, aber auch weniger Gestorbene

Im ersten Vierteljahr 1969 wurden in Schleswig-Holstein 10 833 Kinder lebendgeboren, 596 weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1968. Auch die Zahl der Gestorbenen ging zurück. In den Monaten Januar bis März 1969 starben 8 538 Personen, darunter 223 Kinder vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres. Im ersten Vierteljahr 1968 waren 9 179 Personen gestorben, darunter 256 Säuglinge.



Über 8 Mill. Fremdenübernachtungen im Juli 1969

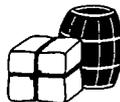
Im Juli 1969 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der 141 schleswig-holsteinischen Berichtsgemeinden 482 000 Fremdenmeldungen und fast 5 Mill. Fremdenübernachtungen ermittelt. Im Vergleich zum Juli 1968 stieg die Zahl der Fremdenmeldungen um 7 % und die der Übernachtungen um 8 %. Außerdem wurden in den Berichtsgemeinden in Jugendherbergen 138 000 (- 1 %), in Kinderheimen 304 000 (- 1 %)

und auf Zeltplätzen 2,7 Mill. (+ 20 %) Übernachtungen registriert.



Gemüseanbau nochmals erheblich eingeschränkt

Nach den vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen Gemüsehaupterhebung wurde der Gemüseanbau in Schleswig-Holstein 1969 nochmals erheblich eingeschränkt. So nahm der Weißkohlanbau um 9 % und der Wirsingkohlanbau um 6 % gegenüber dem Vorjahr ab. Der Rosenkohlanbau ging um 12 %, der Blumenkohlanbau um 13 %, der Möhrenanbau um 20 % und der Frischerbsenanbau um 8 % zurück. Von den bedeutenden Gemüsearten wurden lediglich Rotkohl und Buschbohnen im Anbau ausgedehnt.



Mehr Waren aus Berlin (West)

Der Wert der Warenbezüge Schleswig-Holsteins aus Berlin (West) erreichte im 2. Vierteljahr 1969 gut 86 Mill. DM, die Warenlieferungen von Schleswig-Holstein nach Berlin (West) beliefen sich auf gut 90 Mill. DM. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen des 2. Vierteljahres 1968, so steht einer erheblichen Zunahme der Bezüge (+ 23 %) ein leichter Rückgang der Lieferungen (- 5 %) gegenüber. Schwerpunkte unter den Bezügen aus Berlin (West) waren elektrotechnische Erzeugnisse (24 Mill. DM), Tabakwaren (13 Mill. DM) und Maschinenbauerzeugnisse (11 Mill. DM). Unter den Lieferungen nach Berlin (West) überwogen Erzeugnisse der Ernährungsindustrie mit 53 Mill. DM.

Aus dem Inhalt

Strafurteile 1967

Seite 191

27 600 Personen sind 1967 in Schleswig-Holstein abgeurteilt worden, 24 700 davon auch verurteilt, von den übrigen 1 500 freigesprochen. Seit 1964 werden mehr Personen wegen eines Straßenverkehrsdeliktens als wegen anderer Delikte verurteilt; 1967 waren es 55 %, bei Männern allein sogar 58 %. Unter den Altersgruppen ragen besonders die 21- bis 24jährigen hervor. Unter den 13 600 Delikten im Straßenverkehr spielt die Trunkenheit bei 39 % eine große Rolle. Unter den 11 100 Verbrechen und Vergehen außerhalb des Straßenverkehrs dominieren mit mehr als einem Drittel der Diebstahl und die Unterschlagung. Alle Vermögensdelikte zusammen machen mehr als die Hälfte der Nicht-Straßenverkehrsdelikte aus. Mehr als die Hälfte aller nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten erhielten eine Geldstrafe. Von den 8 600 zu Gefängnis Verurteilten wurde bei 5 300 die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. 2,2 % aller Verurteilten waren Ausländer. Auch unter ihnen herrschten die Straßenverkehrsdelikte vor, sogar mit 68 %. Ab 1967 wird bei bestimmten Straftaten, die Leben oder Gesundheit ihres Opfers beeinträchtigen, vermerkt, ob ein Kind betroffen ist. Dies mußte 1967 in 130 Fällen bejaht werden, unter denen 89 mal Sittlichkeitsdelikte waren. Soweit sich ein Zeitvergleich ziehen läßt – für die Unzucht mit Kindern – sind diese Delikte in den letzten Jahren kräftig zurückgegangen.

Wandlungen Industriestruktur (Teil 2) Seite 196

Die Ausführungen im 1. Teil dieses Aufsatzes werden mit der eingehenden Darstellung derjenigen Industriezweige fortgesetzt, deren Beschäftigtenzahl von 1958 bis 1968 zu- oder abgenommen hat. Während 1958 zu beiden Gruppen je knapp die Hälfte aller Beschäftigten gehörte, befanden sich 1968 in expansiven Zweigen knapp zwei Drittel, in kontraktiven Zweigen knapp ein Drittel. Den Rest von 6 % bilden jeweils die Beschäftigten in konstanten Industriezweigen. Der stärkste Zuwachs trat in der Kunststoffverarbeitenden Industrie auf (+ 700 %), ferner im Druck- und Vervielfältigungsgewerbe (+ 96 %), das auch nach der absoluten Zahl der zugewachsenen Arbeitsplätze (+ 5 600) bedeutend ist. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Maschinenbau (+ 7 500), wo die Zuwachsrate 46 % betrug. Zu den Zweigen, die nicht nur zwischen 1958 und 1968, sondern auch schon von 1950 bis 1957 nennenswert gewachsen waren, gehören neben den drei eben genannten noch der Stahl- und Leichtmetallbau und die Chemie. In den Industriezweigen mit abnehmender Beschäftigtenzahl verminderte sich der Beschäftigtenstand von 1958 auf 1968 um 24 000 Personen, während gleichzeitig bei den expansiven Zweigen 35 000 Beschäftigte hinzukamen. Unter den kontraktiven Zweigen ragt der Schiffbau mit einer mittleren Abnahme (- 30 %), aber einem Verlust von 9 200 Arbeitsplätzen, hervor. Stark betroffen war auch die Textilindustrie mit - 3 900 Beschäftigten und - 38 %. Eine extreme Verminderung, nämlich um 95 %, widerfuhr der Ledererzeugung, die von ihren 2 800 Beschäftigten 1958 fast 2 700 einbüßte.

Ein folgender 3. Teil des Aufsatzes wird sich auf der Grundlage der bisherigen Beschäftigungsänderungen mit Projektionen der Industriebeschäftigung auf das kommende Jahrzehnt beschäftigen.

Wohnungen in Kiel 1968

Seite 205

Aus einer Vorwegaufbereitung der Unterlagen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. 10. 1968 liegen bereits jetzt die ersten Ergebnisse für Kiel vor: 25 000 Gebäude, 97 000 Wohnungen und 3 000 Wohngelegenheiten. Über die Hälfte aller Wohnungen haben vier oder mehr Räume, nur knapp ein Zehntel sind Kleinwohnungen mit 1 bis 2 Räumen. Je eine von vier Wohnungen besitzt keine Toilette innerhalb ihrer Wände, je eine von dreien hat aber Bad, WC und Sammelheizung. Im Durchschnitt der normalen Mietwohnungen mußten in Kiel 2,45 DM je qm gezahlt werden. Auf eine Person entfielen im Durchschnitt 1,4 Räume oder 22 qm Wohnfläche.

Arbeitskämpfe 1899-1968

Seite 207

Die Statistik der Streiks und Aussperrungen blickt auf eine verhältnismäßig lange Geschichte zurück. Es gibt jedoch Mängel und auch Lücken in ihr, so fehlen für Schleswig-Holstein Angaben für die Jahre 1928 bis 1948 gänzlich. Hohe Verluste an Arbeitstagen gab es in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg; 500 000 Arbeitstage gingen durch Streik 1921 und über 1 Mill. Tage durch Aussperrung 1924 verloren. 1956/57 verursachte der ungewöhnlich lange Metallarbeiterstreik noch einmal 2,3 Mill. Arbeitstage Verlust. Im übrigen war der Arbeitsfriede nach dem zweiten Weltkrieg bisher nur wenig gestört. Besonders Aussperrungen hat es in Schleswig-Holstein nicht mehr gegeben, lediglich 1963 in Baden-Württemberg in der Metallindustrie.

Berufswunsch: Studienrat

Seite 210

Die von den Studenten vor jedem Semester auszufüllenden Meldebogen enthalten auch eine Frage nach dem angestrebten Beruf. Im Sommersemester 1969 wollten 9 % Realschullehrer und 15 % Studienrat werden. Diese Anteile haben sich in den letzten Jahren stark verändert, und zwar gegenläufig: im Wintersemester 1962/63 wollten nur 5 % an die Realschule, aber 26 % an das Gymnasium.

Anbau Ackerland 1969

Seite 211

Mehr Getreide und Ölfrüchte, weniger Hackfrüchte und Ackerfutterbau, das sind die Hauptmerkmale der Bodennutzung 1969 im Unterschied zu 1968. 414 000 ha Getreidefläche sind mehr als jemals zuvor. Frühkartoffeln wurden um die Hälfte weniger angebaut, aber auch mittelfrühe und späte Sorten um 16 % und 8 % weniger als 1968. Die Zuckerrübenfläche blieb bei 14 000 ha. Gegenüber Steckrüben werden die Runkelrüben stark bevorzugt.

Strafurteile 1967

1967 wurden von den ordentlichen schleswig-holsteinischen Gerichten 27 629 Personen rechtskräftig abgeurteilt. Zwei Jahre zuvor waren es noch 3 600 weniger gewesen. Der Anstieg ist überwiegend durch die Zunahme der Straßenverkehrsdelikte verursacht.

24 146 Angeklagte wurden nach allgemeinem Strafrecht, 3 483 nach Jugendstrafrecht abgeurteilt. Verurteilt wurden 24 670 Personen, das sind 89,3% aller Abgeurteilten. Die Verurteiltenquote wird wesentlich bestimmt von der Zahl der vor Gericht gestellten Erwachsenen, deren Quote bei 88,7% liegt. 82% der Abgeurteilten waren mindestens 21 Jahre alt. Für die 18- bis 20jährigen Heranwachsenden errechnet sich dagegen eine Quote von 91,4% und für die 14- bis 17jährigen Jugendlichen sogar eine von 93,0%.

Von den 2 959 Verfahren, die nicht zu einer Verurteilung führten, endeten 1 518 mit Freispruch.

Seit 1964 werden mehr Personen wegen eines Verstoßes im Straßenverkehr verurteilt als wegen eines sonstigen Delikts. Schon 1964 überwogen die Verurteilungen wegen eines Straßenverkehrsvergehens um 106 Fälle, 1965 stieg die Differenz auf 898, 1966 auf 1 262 Fälle und 1967 erreichte sie 2 474 Fälle. Von allen Verurteilten 1967 hatten 55% ein Straßenverkehrsdelikt begangen. Von 100 verurteilten Männern wurden 58 wegen eines Vergehens im Straßenverkehr zur Rechenschaft gezogen. Dagegen wurden Frauen sowie Jugendliche und Heranwachsende beiderlei Geschlechts häufiger wegen eines anderen

Delikts als eines im Straßenverkehr verurteilt. Das zeigt auch das Bild. In ihm sind die auf 100 000 Einwohner berechneten altersspezifischen Verurteiltenziffern dargestellt, getrennt für beide Deliktgruppen.

Aus dem Bild ist auch zu ersehen, daß sich die höchste Verurteiltenziffer für die 21- bis 24jährigen ergibt, und zwar ohne Unterschied darauf, ob es sich um Männer oder Frauen, Verfehlungen innerhalb oder außerhalb des Straßenverkehrs handelt.

Die Straßenverkehrsdelikte

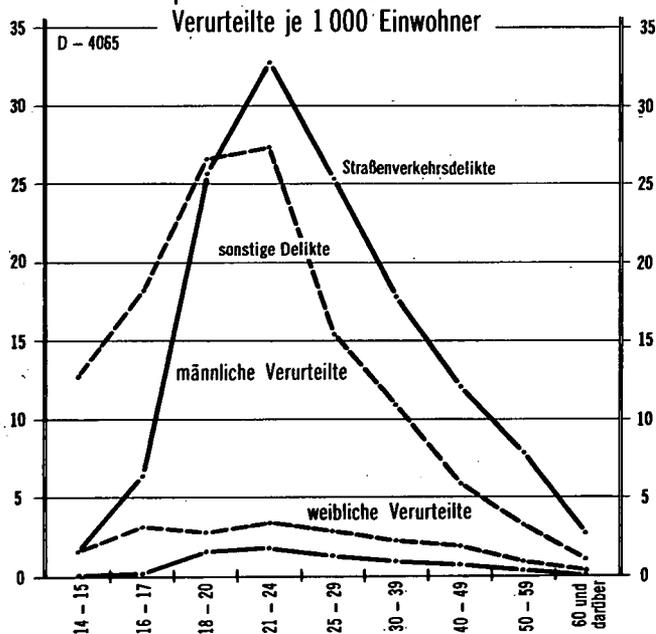
34% der 13 572 Delikte im Straßenverkehr waren Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz, 66% waren Verletzungen von Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Besonders häufig waren Trunkenheitsdelikte. 3 156 Personen wurden verurteilt, weil sie wegen Trunkenheit ihr Fahrzeug nicht sicher führen konnten, ohne dabei aber eine andere Person oder Sache zu gefährden (§ 316 StGB). 1 127 weitere angetrunkene Fahrzeuglenker wurden wegen Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c Abs.1 Nr.1a) zur Rechenschaft gezogen. 161 anderen wurde Volltrunkenheit in Verbindung mit einem Verkehrsunfall nachgewiesen. Wegen einer in Trunkenheit begangenen fahrlässigen Tötung wurden 23 Personen verurteilt, wegen einer fahrlässigen Körperverletzung 494. 348 Fahrer waren angetrunken in einen Verkehrsunfall verwickelt worden und hatten anschließend vergeblich versucht, vom Unfallort unerkannt zu entfliehen. Zusammengekommen lag also bei 5 309 Personen, das sind 39%, der Verurteilung ein Trunkenheitsdelikt zugrunde.

3 287 Personen haben fahrlässig eine Körperverletzung (§ 230 StGB) begangen. Das sind ein Viertel aller wegen eines Straßenverkehrsdelikts Verurteilten. 115mal mußte das Gericht eine Verurteilung wegen einer fahrlässigen Tötung aussprechen (§ 222 StGB). 15% dieser Delikte wurden unter Alkoholeinwirkung begangen.

Nach einem Verkehrsunfall versuchten 927 Täter sich der Feststellung ihrer Person durch die Flucht zu entziehen. Da aber bei einer fahrlässigen Tötung oder einer fahrlässigen Körperverletzung die Fahrerflucht (§ 142 StGB) statistisch nicht erkennbar ist, dürften noch mehr Verurteilte eine Verkehrsunfallflucht begangen haben.

Von den 4 641 Personen, gegen die nach dem Straßenverkehrsgesetz ein Schuldspruch erging,

Altersspezifische Verurteiltenziffern 1967



Straßenverkehrsdelikte 1967

Strafbare Handlung	Verurteilte insgesamt	davon		
		Erwachsene	Heranwachsende	Jugendliche
Nach dem Straßenverkehrsgesetz	4 641	3 887	565	189
davon				
Führen und Führenlassen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge (§ 23)	966	861	100	5
Führen oder Führenlassen eines Kfz ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbots (§ 24)	1 920	1 423	326	171
Kraftfahrzeugkennzeichenmißbrauch (§ 25)	74	61	13	-
Unzulässiges Mitführen von Anhängern und Überbeladung von Kraftfahrzeugen (§ 26)	1 310	1 285	25	-
Übertretungen nach StVO und StVZO, wenn Fahrerlaubnis entzogen oder Fahrverbot verhängt worden ist (§ 21)	371	257	101	13
Nach dem Strafgesetzbuch	8 931	7 964	881	86
davon				
Flucht nach Verkehrsunfall (§ 142)	927	797	113	17
Fahrlässige Tötung (§ 222)	115	87	25	3
Fahrlässige Körperverletzung (§ 230)	3 287	2 823	422	42
Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b)	17	9	5	3
Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit am Steuer (§ 315c Abs. 1 Nr. 1a, auch in Verbindung mit Abs. 3)	1 127	1 031	95	1
Führen eines Kfz trotz geistiger oder körperlicher Mängel (§ 315c Abs. 1 Nr. 1b auch in Verbindung mit Abs. 3)	13	8	5	-
Grob verkehrswidrige und rücksichtslose Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c Abs. 1 Nr. 2 auch in Verbindung mit Abs. 3)	128	113	9	6
Trunkenheit des Fahrzeugführers im Verkehr ohne Gefährdung einer anderen Person oder einer fremden Sache (§ 316)	3 156	2 946	196	14
Volltrunkenheit in Verbindung mit einem Verkehrsunfall (§ 330a)	161	150	11	-
Insgesamt	13 572	11 851	1 446	275

hatten allein 966 ein nicht zugelassenes Kraftfahrzeug geführt oder jemand anderen führen lassen. Ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbots wurden weitere 1 920 Personen am Steuer eines Kraftfahrzeugs ertappt. In der Zahl enthalten sind auch jene, die einem anderen das Fahrzeug überließen, obwohl dieser keine Fahrerlaubnis besaß oder ihm das Fahren verboten worden war.

Die Fahrerlaubnis entzogen wurde 5 476 Personen. Gegen 721 wurde ein Fahrverbot verhängt. Gegen fast jeden zweiten wegen eines Straßenverkehrsvergehens Verurteilten wurde somit eine dieser beiden Maßnahmen verfügt.

Die Verbrechen und Vergehen außerhalb des Straßenverkehrs

Wegen eines Verbrechens oder Vergehens außerhalb des Straßenverkehrs nach dem Strafgesetzbuch und anderen Bundes- und Landesgesetzen wurden 11 077 Personen verurteilt, 8 366 Erwachsene, 1 544 Heranwachsende und 1 167 Jugendliche.

4 413 Personen, also mehr als einem Drittel der Verurteilten, wurde ein Diebstahl oder eine Unterschlagung nachgewiesen. Meist handelte es sich um einen einfachen Diebstahl. Mehr als ein Drittel aller verurteilten Diebe

und Unterschläger waren noch nicht 21 Jahre alt. Gegenüber 1966 wurden ungefähr 650 Personen mehr verurteilt.

Anderer Vermögensdelikte wegen wurden 2 189 weitere Personen zur Rechenschaft gezogen. In über der Hälfte der Fälle wurde wegen Betrugs oder Untreue verhandelt.

Die meisten Delikte außerhalb des Straßenverkehrs sind somit Vermögensdelikte. Von den übrigen Delikten nach dem Strafgesetzbuch seien die 578 gegen den Staat, die öffentliche Ordnung oder im Amt begangenen erwähnt, ferner die 250 Verfehlungen gegen die Sittlichkeit und die 6 versuchten Morde und Totschläge. 1 361 Personen wurden wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach anderen Bundes- oder Landesgesetzen verurteilt. Allein 325 haben gegen das Wehrstrafgesetz, 134 gegen das Lebensmittel- und Milchgesetz verstoßen.

Die Strafen und Maßnahmen

Von den 24 670 Verurteilten des Jahres 1967 wurden 21 477 nach dem allgemeinen Strafrecht, 3 193 nach dem Jugendstrafrecht verurteilt. Mehr als die Hälfte aller nach dem allgemeinen Strafrecht Verurteilten erhielten eine Geldstrafe, 1 634mal allein anstelle einer an sich verwirkten Freiheitsstrafe gemäß § 27b StGB. Von den 8 602

Verbrechen und Vergehen 1967 außerhalb des Straßenverkehrs

Verbrechen oder Vergehen (§§ des StGB)	Verurteilte insgesamt	davon		
		Erwachsene	Heran- wachsende	Jugendliche
Verbrechen und Vergehen nach dem StGB	9 716	7 206	1 357	1 153
davon				
1. Gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte (49 a und b, 80 – 168, 331 – 359 ohne 142)	578	478	79	21
darunter				
Widerstand gegen die Staatsgewalt (110 – 122 b)	153	127	22	4
falsche uneidliche Aussage und Meinelid, falsche Anschuldigung (153 – 164)	92	80	10	2
2. Wider die Sittlichkeit (173 – 184 b)	250	203	27	20
darunter				
Unzucht zwischen Männern (175, 175 a)	24	19	3	2
Unzucht mit Kindern (176 I 3)	78	62	7	9
Kuppelei und Zuhälterei (180 – 181 a)	15	13	2	–
3. Andere gegen die Person gerichtete Vergehen und Verbrechen (169 – 172, 185 – 241 a, ohne 222, 230 in Verbindung mit Verkehrsunfall)	1 679	1 392	199	88
darunter				
Verletzung der Unterhaltspflicht (170 b)	478	477	1	–
Beleidigung (185 – 200)	244	200	33	11
Mord und Totschlag (211 – 213)	6	6	–	–
gefährliche Körperverletzung (233 a)	198	130	40	28
fahrlässige Körperverletzung (230)	97	77	16	4
4. Diebstahl und Unterschlagung (242 – 248 c)	4 413	2 813	730	870
darunter				
Diebstahl (242)	2 708	1 719	424	565
schwerer Diebstahl (243)	833	349	220	264
Unterschlagung (246)	363	308	36	19
5. Raub und Erpressung (249 – 256, 316 a)	75	47	15	13
6. Andere Vermögensdelikte (257 – 305)	2 114	1 729	254	131
darunter				
Begünstigung und Hehlerei (257 – 262)	205	143	38	24
Betrug und Untreue (263 – 266)	1 287	1 176	85	26
Urkundenfälschung (267 – 281)	155	125	22	8
Sachbeschädigung (303 – 305)	340	174	100	66
7. Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen außer im Straßenverkehr (306 – 330 c außer 315 b, 315 c) 316, 316 a, 330 a in Verbindung mit Verkehrsunfall)	607	544	53	10
darunter Volltrunkenheit (330 a)	524	469	50	5
Verbrechen und Vergehen nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (ohne StVG)	1 361	1 160	187	14
darunter				
nach dem Wehrstrafgesetz	325	190	134	1
nach dem Lebensmittel- und Milchgesetz	134	134	–	–
Insgesamt	11 077	8 366	1 544	1 167

Personen, gegen die eine Gefängnisstrafe ausgesprochen wurde, brauchten 5 296, das sind 62%, die Strafe nicht anzutreten, weil sie zur Bewährung ausgesetzt wurde. Werden nur die Verurteilten betrachtet, deren Gefängnisstrafe nicht über die Grenze von neun Monaten hinausgeht, bis zu der die Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt werden kann, so kamen sogar 65% in den Genuß dieser Regelung. Je niedriger die Gefängnisstrafe, desto höher ist dieser Anteil. Von den zu höchstens einem Monat Gefängnis Verurteilten erhielten 78% die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Dieser Anteil ist in

den letzten Jahren kräftig gestiegen. 1961 betrug er erst 63%. Für mehr als ein Jahr wurde die Gefängnisstrafe nur in 299 Fällen ausgesprochen. Auf Zuchthaus lautete das Urteil in 69 Fällen.

Gegen die 3 193 nach dem Jugendgerichtsgesetz verurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden wurden 4 407 Maßnahmen und Strafen verhängt. Meist handelt es sich um Zuchtmittel. Ausgesprochen wurden 1 083 Verwarnungen. Besondere Pflichten wurden 1 262mal auferlegt: 1 013mal wurde der Jugendliche oder Heranwachsende zur Zahlung eines Geldbetrages an eine gemeinnützige Einrichtung verurteilt,

147mal wurde ihm auferlegt, sich persönlich bei dem Verletzten zu entschuldigen, 102mal, den Schaden wiedergutzumachen. 1530 Jugendliche und Heranwachsende erhielten Jugendarrest.

Gegen 331 Jugendliche und Heranwachsende mußte eine Jugendstrafe verhängt werden. In 256 Fällen belief sie sich auf höchstens ein Jahr. Bei 160 dieser 14- bis 20jährigen wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

Erziehungsmaßregeln wurden 201mal angeordnet. Meist handelte es sich um Gebote und Verbote, die die Lebensführung des Jugendlichen regeln und dadurch seine Erziehung fördern und sichern sollen.

Verurteilte Ausländer

2,2% aller 24 670 wegen eines Vergehens oder Verbrechens Verurteilten sind Ausländer. Unter den 545 nichtdeutschen Tätern befinden sich 68 Türken, 35 Griechen, 29 Italiener, 17 Spanier, 14 Jugoslawen und 9 Portugiesen. Da bundeseinheitlich nur die Nationalitäten aufgeführt werden, die besonders stark vertreten sind, werden für Schleswig-Holstein z.B. die Dänen nicht besonders ausgewiesen. Die obige Reihenfolge der Nationalitäten folgt nicht genau ihrem Anteil an der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, was freilich nicht überraschen darf, da auch solche Personen vor schleswig-holsteinische Gerichte gestellt werden, die nicht im Lande ansässig sind. Aus diesem Grunde ist es auch nicht zu vertreten, Verurteiltenziffern für Ausländer insgesamt und für einzelne Staatsangehörigkeiten zu errechnen.

Wegen welcher Delikte standen Ausländer vor deutschen Richtern? Vor allen Dingen wegen Straßenverkehrsvergehen. 68% aller wegen

eines Verbrechens oder Vergehens verurteilten Ausländer wurden eines Vergehens im Straßenverkehr für schuldig befunden. Von den verurteilten Deutschen waren es dagegen nur 54%. Von den 172 wegen eines Verbrechens oder Vergehens außerhalb des Straßenverkehrs verurteilten Ausländer wurden 59 eines Diebstahls oder einer Unterschlagung überführt. Die nächst größere Deliktgruppe sind Straftaten gegen die Person, wie Vergehen gegen die Familie, Beleidigung, Körperverletzung. Deswegen wurden 35 nichtdeutsche Täter verurteilt. Von ihnen hatten 13 eine leichte, 6 eine gefährliche und schwere Körperverletzung begangen.

Unter den 545 Tätern befinden sich nur 33 Frauen. 222 Ausländer waren zur Zeit der Straftat zwischen 21 und 30, 280 über 30 Jahre alt. Mit Zuchthaus wurden 3, mit Gefängnis 105, mit Geldstrafe 408 und nach Jugendstrafrecht (Jugendstrafe, Zuchtmittel, Erziehungsmaßregeln) die restlichen 29 bestraft.

Straftaten, deren Opfer Kinder waren

Verfehlungen gegenüber Kindern werden von der Öffentlichkeit besonders aufmerksam beobachtet. Bis zum Jahre 1966 war es jedoch nicht möglich, genaues statistisches Material über den Umfang der Vergehen gegen Kinder zu erhalten. Nur über die Straftaten an Kindern, die in besonderen Paragraphen des Strafgesetzbuches geregelt sind, lagen spezifische Zahlen vor. Jedoch blieb auch für diese Delikte verborgen, wieviele Kinder ein Opfer wurden.

Ab 1967 wird von den Amtsgerichten und Staatsanwaltschaften auf den Zählblättern zur Strafverfolgungsstatistik vermerkt, ob bei bestimmten, vorgegebenen Straftaten ein Kind unter 14 Jahren das Opfer geworden ist. Diese Straftaten sind sittliche Verfehlungen, Verletzungen der Obhut- und Aufsichtspflicht, oder Vergehen, die die Gesundheit oder das Leben des Kindes beeinträchtigen. Andere Delikte, etwa solche, die das Eigentum oder den Besitz des Kindes betreffen oder im Straßenverkehr begangen werden, sind dagegen nicht berücksichtigt worden.

Schleswig-holsteinische Gerichte verurteilten 1967 130 Personen wegen eines der genannten Delikte rechtskräftig. Sie hatten sich an 133 Kindern vergangen. In neun von zehn Fällen war der Delinquent ein Mann, in acht von zehn Fällen ein Erwachsener. Die jugendlichen Täter waren fast zweimal so zahlreich wie die 18- bis 20jährigen Heranwachsenden.

Die meisten Verfehlungen waren Sittlichkeitsdelikte. 89 Täter vergingen sich an 91 Kindern.

Verurteilte Ausländer 1967

Verbrechen und Vergehen	Verurteilte Ausländer	darunter			
		Türken	Griechen	Italiener	Spanier
Im Straßenverkehr	373	53	21	17	10
darunter					
Flucht nach Verkehrsunfall	17	2	2	-	1
fahrlässige Tötung und Körperverletzung	81	9	6	2	2
Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit	55	8	1	4	2
Sonstige Verbrechen und Vergehen	172	15	14	12	7
darunter					
Diebstahl und Unterschlagung	59	2	10	3	1
andere Vermögensdelikte gegen die Person	27	2	2	1	-
	35	10	-	4	1
Insgesamt	545	68	35	29	17

Strafbare Handlung (§§ des StGB)	Ins- gesamt	davon mit	
		1 Kind(ern) als Opfer	2
Vernachlässigen eines Kindes (170d)	5	5	-
Unzucht mit Abhängigen (174)	6	6	-
Unzucht mit Kindern (176 Abs. 1 Nr. 3)	78	76	2
Notzucht (177)	5	5	-
Aussetzung (221)	1	1	-
Fahrlässige Tötung außer im Straßenverkehr (222)	5	5	-
Leichte Körperverletzung (223)	19	19	-
Gefährliche Körperverletzung (223 a)	5	4	1
Verletzen der Obhutspflicht (223 b)	6	6	-
Insgesamt	130	127	3

Zumeist handelt es sich um unzüchtige Handlungen an Kindern (§ 176 Abs.1 Nr.3 sowie § 174 StGB), und zwar in 84 Fällen. Unter den Tätern befindet sich keine einzige Frau, aber 9 Jugendliche und 7 Heranwachsende. 3 männliche Erwachsene, 1 Jugendlicher und 1 Heranwachsender wurden wegen Notzucht (§ 177) verurteilt. Es sei besonders angemerkt, daß kein einziger Ausländer wegen Unzucht mit Kindern verurteilt wurde.

Die Zahlen über die begangenen Sittlichkeitsdelikte mögen auf den ersten Blick niedrig erscheinen. Zieht man die polizeiliche Kriminalstatistik zum Vergleich heran, die unter anderem die Zahl der ermittelten Verdächtigen aufführt, so zeigt sich jedoch, daß ein nur geringer Teil der Verdächtigen verurteilt wird. Viele Anzeigen stellen sich danach als unbegründet heraus.

Die Zahl der wegen Unzucht mit Kindern nach § 176 Abs.1 Nr.3 StGB Verurteilten - und nur diese Zahl läßt sich für einen Zeitvergleich der Sittlichkeitsdelikte an Kindern heranziehen -, ist in den letzten Jahren kräftig zurückgegangen. 1961 wurden noch 139 Personen wegen Unzucht mit Kindern verurteilt, 1967 nur noch 78 Personen. Die auf 100 000 Strafmündige berechnete Verurteiltenziffer fiel von 7,5 auf 4,0. Im Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Ansicht scheinen die sittlichen Verfehlungen an Jugendlichen somit eher abgenommen als zugenommen zu haben. Die nicht unerhebliche Dunkelziffer läßt nicht mehr als einen solchen vorsichtigen Schluß zu. Für das Bundesgebiet zeigt sich ein ähnliches Bild.

An Gesundheit oder Leben eines Kindes vergingen sich 29 Täter. Die 5 getöteten Kinder fielen keinem Mord zum Opfer, sondern einer fahrlässigen Tötung. Eine vorsätzliche Körperverletzung begingen 24 Täter, in 5 Fällen

Jahr	Schleswig-Holstein			Bundesrepublik ²		
	Verdächtige ¹	Verurteilte		Verdächtige	Verurteilte	
		Anzahl	je 100 000 Strafmündige		Anzahl	je 100 000 Strafmündige
1961	484	139	7,5	11 040	3 919	8,8
1963	406	100	5,3	10 782	3 525	7,8
1965	479	67	3,5	9 761	2 799	6,1
1966	460	71	3,7	10 170	2 701	5,8
1967	440	78	4,0	10 090	2 831	6,0

1) Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

2) Quelle: "Straftaten 1967, bei denen Kinder Opfer waren" in Wirtschaft und Statistik 1969/6, S. 320

mit einer Waffe oder auf andere gefährliche Weise. Verletzt wurden dabei 25 Kinder.

Vier Frauen und ein Mann mußten wegen Vernachlässigung eines Kindes verurteilt werden, vier Frauen und zwei Männer wurden für schuldig erklärt, ihr eigenes Kind oder ein ihnen anvertrautes Kind roh mißhandelt oder durch böswillige Vernachlässigung ihrer Sorgfaltspflicht gesundheitlich geschädigt zu haben. Schließlich mußte eine Frau zur Rechenschaft gezogen werden, die ihr Kind ausgesetzt hatte.

Begriffe und Methoden

Für jeden rechtskräftigen Abgeurteilten, und zwar getrennt für allgemeines und Jugendstrafrecht, legen die Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften ein Zählblatt an, das im Statistischen Landesamt ausgewertet wird. Für die Statistik wird nur das schwerste Delikt ausgewertet. Bei einer Verurteilung wegen Diebstahls und einfacher Sachbeschädigung wird also statistisch nur der Diebstahl berücksichtigt. Von mehreren Strafen, die ein nach allgemeinem Strafrecht Verurteilter erhält, wird nur die schwerste gesondert ausgewiesen, also bei einer Verurteilung zu Gefängnis und einer Geldstrafe nur die Gefängnisstrafe. Bei der Beurteilung der Straßenverkehrsvergehen ist zu beachten, daß die Verkehrsunfallflucht und die fahrlässige Körperverletzung statistisch schwerer wiegen als eine Gefährdung des Straßenverkehrs nach § 315c StGB.

Übertretungen werden nur in folgenden Fällen erfaßt:

1. bei nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten, wenn wegen einer Zuwiderhandlung nach § 361 Nr. 3 - 8 StGB neben Haft auf Arbeitshaus (§ 42d StGB) erkannt wurde;
2. bei nach Jugendstrafrecht Verurteilten; wenn Übertretungen nach Bundes- oder Landesgesetzen mit Jugendstrafe oder Jugendarrest geahndet wurden;
3. bei nach allgemeinem oder Jugendstrafrecht Verurteilten, wenn wegen Übertretung im Straßenverkehr nach § 21 StVG - StVO, StVZO - die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen (§ 42m, n StGB) entzogen oder Fahrverbot (§ 37 StGB) verhängt worden ist.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Vergleiche auch: "Rechtskräftige Urteile in Strafsachen 1965" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 196 (September)

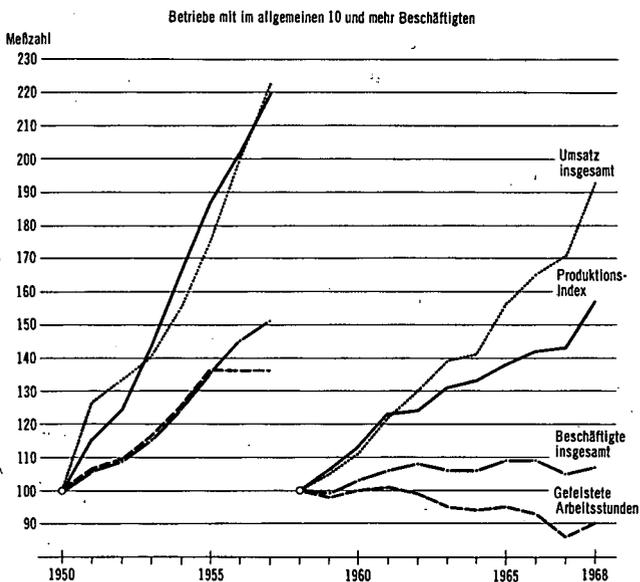
Wandlungen der Industriestruktur im letzten Jahrzehnt

Teil 2

Im ersten Teil dieses Aufsatzes (Heft 8/1969) ist die bisherige Entwicklung der schleswig-holsteinischen Industrie, von 1950 ausgehend, dargestellt worden. Dabei wurden zwei Perioden unterschieden, nämlich die Aufbau-phase bis 1957 und die Periode des inneren Ausbaues und der Konsolidierung von 1958 bis 1968.

D - 4062

Entwicklungsphasen der Industrie 1950 bis 1968



Im Vordergrund der Erörterungen steht das Bemühen, Strukturveränderungen aufzuzeigen, vorerst gemessen an der Bewegung der Beschäftigtenzahlen. Dazu wurden die Industrie-zweige folgenden drei Gruppen zugeordnet:

1. beschäftigungskonstante Industriezweige
2. beschäftigungsexpansive Industriezweige
3. beschäftigungskontraktive Industriezweige

Maßgeblich für die jeweilige Zuordnung war die Veränderung des Beschäftigtenbestandes von 1958 auf 1968. Dabei wurde eine Veränderung von 0 bis \pm 5% als konstante Beschäftigung angesehen (Gruppe 1). Zweige mit einer Zunahme um mehr als 5% wurden als expansive (Gruppe 2), solche mit einer Abnahme um mehr als 5% dagegen als kontraktive Industrie-zweige (Gruppe 3) behandelt. Als erstes Ergebnis dieser Untersuchung stellte sich heraus, daß der beschäftigungskonstante Teil der schleswig-holsteinischen Industrie recht klein ist. Diese Gruppe zählt etwa 10 000 Beschäftigte, das sind ungefähr 6% aller Industriebeschäftigten. Zu ihr gehören die

Bekleidungsindustrie, die fischverarbeitende Industrie sowie Alkoholbrennereien und Spirituosenherstellung. Daraus folgt weiter, daß 1968 mehr als neun Zehntel (94%) aller Industriebeschäftigten in Branchen ihren Arbeitsplatz hatten, deren Beschäftigteniveau mehr oder weniger starken Veränderungen unterworfen gewesen ist. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, vergrößerten die für das Wachstum ausschlaggebenden Industriezweige der Gruppe 2 ihren Anteil von knapp 45% im Jahre 1958 auf über 60% im Jahre 1968. Innerhalb der Zeitspanne von einem Jahrzehnt wurden in dieser Gruppe etwa 35 000 neue Arbeitsplätze¹ geschaffen. Wenn man jeden neuen Arbeitsplatz mit 60 000 DM veranschlagt, bekommt man einen Eindruck von der damit verbundenen Investitionstätigkeit: sie erreicht den Wert von 2 Milliarden DM.

Beschäftigtenbewegung in den 3 Gruppen von Industriezweigen

Gruppen-merkmal	Beschäftigte				Veränderung	
	1958		1968		Anzahl	%
1, konstant	10 602	6	10 420	6	- 182	- 1,7
2, expansiv	73 131	45	108 629	62	+35 498	+ 49
3, kontraktiv	79 853	49	56 059	32	-23 794	- 30
Industrie insg.	163 586	100	175 108	100	+11 522	+ 7

Damit hat sich auch die schleswig-holsteinische Industriestruktur vorteilhaft geändert, man kann nämlich sagen, daß heute zwei von drei Industriebeschäftigten wenig Sorge um ihren Arbeitsplatz zu haben brauchen, da sie in wachsenden Branchen beschäftigt sind. Blickt man auf die Situation von 1958 zurück, dann zeigt sich der große Unterschied: damals war etwa jeder zweite Beschäftigte in der Industrie der Gefahr ausgesetzt, seinen Arbeitsplatz wechseln zu müssen, da seine Branche zu den schrumpfenden Industrie-zweigen gehörte. Heute ist - wiederum grob gesehen - nur jeder Dritte nicht ganz frei von dieser Sorge. Die beschäftigungskontraktive Gruppe von Industriezweigen verlor in der Zeit von 1958 bis 1968 per Saldo etwa 24 000 Beschäftigte oder 30% des 1958

1) In der Industrieberichterstattung wird zwar nicht die "Zahl der Arbeitsplätze" erfragt, sondern die "Zahl der Beschäftigten". Man kann bei Vollbeschäftigung aber unterstellen, daß die Zahl der Arbeitsplätze mindestens so groß ist wie die Beschäftigtenzahl, da in dieser Situation jeder Beschäftigte auch einen Arbeitsplatz hat, darüber hinaus sogar nicht immer alle Arbeitsplätze besetzt werden können

vorhandenen Bestandes. Dieser Verlust wurde, wie bereits dargestellt, durch einen Gewinn von 35 000 Beschäftigten mehr als ausgeglichen. Bedenkt man, daß in diesen Zahlen - vergleichbar mit dem sichtbaren Teil eines Eisberges - nur der Saldo einer großen Zahl von (statistisch unsichtbaren) Einzelbewegungen an der Oberfläche erscheint, dann kann man sich vielleicht eine Vorstellung von der für das Wirtschaftswachstum unerlässlichen Beweglichkeit des Produktionsfaktors Arbeit (und auch der übrigen Produktionsfaktoren) und der damit verknüpften Strukturprobleme machen. An dieser Stelle ist erneut darauf hinzuweisen, daß die Veränderungen von Beschäftigtenzahlen noch nicht die volle wirtschaftliche Wahrheit sind. Die Produktionsentwicklung kann nämlich durchaus anders verlaufen als die Beschäftigtenveränderungen anzeigen, wenn nämlich, um nur einen für die moderne Industriewirtschaft wesentlichen Vorgang zu streifen, Arbeit durch Kapital ersetzt wird.

Beschäftigungsexpansive Industriezweige

Der Zuwachs an Beschäftigten reicht hier von 7% in der Obst- und Gemüseverarbeitung bis nahezu 700% in der kunststoffverarbeitenden Industrie. In dieser Spannweite wird deutlich, mit welcher Dynamik die industrielle Entwicklung in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von etwa einem Jahrzehnt verlaufen kann. Mit knapp 400 Beschäftigten befand sich die Kunststoffverarbeitung 1958 noch unter den - von der Beschäftigtenzahl her gesehen - unbedeutenden Industriezweigen. Heute hat sie mit 3 000 Beschäftigten ebensoviel wie die Brotindustrie, aber mehr als die ebenfalls expansive Gummi- und Asbestverarbeitung und nur um 500 weniger als die "alten" Industriezweige Meiereien und Dauermilch- und Schmelzkäsewerke zusammen. In den stark expansiven Branchen (über 50% Beschäftigtenzuwachs) hat sich der Beschäftigtenbestand in einem Jahrzehnt von 16 500 auf 33 000 rundweg verdoppelt. Mit in diesem Zusammenhang zulässiger Vereinfachung kann gesagt werden, daß zu den am Anfang des Beobachtungszeitraumes vorhandenen Arbeitsplätzen noch einmal die gleiche Anzahl neuer hinzugekommen ist. Den größten Anteil daran hatten die Druckereien und Vervielfältigungsbetriebe mit rund 5 600. Zur Expansion dieser Branche haben neben der im allgemeinen ausschlaggebenden Marktentwicklung auch interregionale Momente beigetragen. Für das Wachstum der Brotindustrie hingegen dürfte nicht so sehr ein expandierender Markt maßgebend gewesen sein, als vielmehr der technische Fortschritt, der sich in vollautomatisierten Brotfabriken

manifestiert. Der Übergang von handwerklicher Einzelfertigung zu industrieller Massenproduktion hat als Kehrseite der Medaille ein stagnierendes oder gar schrumpfendes Bäckerhandwerk zur Folge, das sich seinerseits mittels Ausweitung der Handelstätigkeit an die veränderten Bedingungen anzupassen sucht. Zu den stark expansiven Industriezweigen gehörte 1968 fast jeder fünfte Beschäftigte in der Industrie, 1958 war es nur jeder Zehnte.

Eine mittlere Zunahme der Beschäftigtenzahl (20% bis unter 50%) verzeichneten sieben Branchen. In dieser Gruppe dominiert zwar die Investitionsgüterindustrie, vertreten durch Maschinenbau und Elektrotechnik, aber auch Grundstoffe und Produktionsgüter sowie Nahrungsmittel herstellende Branchen fehlen nicht. Im einzelnen ist der Maschinenbau besonders hervorzuheben. Dieser "alte" Industriezweig zeigt eine erstaunliche Dynamik; bei einem Zugang von 7 500 Beschäftigten ist er nunmehr - vor dem Schiffbau - der beschäftigungsstärkste Industriezweig des Landes. Das wirkt sich auf Umsatz und Beschäftigung günstig aus, weil dieser Industriezweig ein sehr vielfältiges und marktmäßig breit gestreutes Produktionsprogramm hat, und daher gegenüber konjunkturellen Schwankungen nicht so empfindlich ist wie etwa der viel homogenere Fahrzeugbau. Er wird auch mit strukturellen Veränderungen besser fertig, weil sein Produktionsapparat vielseitig verwendbar angelegt ist und daher schneller auf neue Erzeugnisse umgestellt werden kann als etwa die schiffbautechnischen Einrichtungen einer Werft. Für die elektrotechnische Industrie ergibt sich eine Vermehrung des Beschäftigtenstandes um etwa 4 000 auf 14 500. Sie behält damit den 3. Platz in der Rangfolge der Industriezweige nach dem Schiffbau, aber vor Druckereien und Vervielfältigungsindustrie, die ihrerseits die Textilindustrie von ihrem 4. Platz (1958) verdrängt hat. Die Elektrotechnik wird übereinstimmend zu den Wachstumsindustrien gerechnet. Sie erhält durch den technischen Fortschritt besonders kräftige Impulse und hegt große Zukunftserwartungen u.a. durch die stürmische Entwicklung auf dem Gebiet der Elektronik. Ihre Arbeitsplätze sind sauber und erfordern im allgemeinen keine große körperliche Anstrengung, was sie für die Beschäftigung von Frauen gut geeignet macht. Die Möglichkeit, noch latent vorhandene Arbeitskräfte zu aktivieren, in Verbindung mit ihrer relativen Standortfreiheit (keine Rohstoffgebundenheit, geringe Transportkostenempfindlichkeit) verleiht der elektrotechnischen Industrie eine hervorragende Eignung für die Verbesserung der regionalen Industriestruktur.

Gruppe 2, Beschäftigungsexpansive Industriezweige

- Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten -

Systematik-Nr.	Industriezweig	Beschäftigte		Zunahme	
		1958	1968	absolut	in %
a) leichte Beschäftigtenzunahme (5 % bis unter 20 %)					
6824	Obst- und Gemüseverarbeitung	1 076	1 152	76	7
5400	Holzverarbeitung	3 570	3 939	369	10
2180	Torf	232	259	27	12
6871 + 72	Brauereien und Mälzereien	824	942	118	14
6831 + 35	Meiereien und Käseereien, Dauermilch- und Schmelzkäsewerke	3 005	3 495	490	16
5200	Glasindustrie	782	911	129	16
3810	Handelswaffen und deren Munition	464	553	89	19
3700	Feinmechanik und Optik	5 055	6 037	982	19
	zusammen	15 008	17 288	2 280	15
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %		9,2	9,9	.	.
b) mittlere Beschäftigtenzunahme (20 % bis unter 50 %)					
2710	Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke
3841 - 49	Blechwaren und Feinblechpackungen	4 197	5 196	999	24
4000	Chemie (ohne Kohlenwertstoffe)	5 187	7 166	1 979	38
3600	Elektrotechnik	10 417	14 467	4 050	39
6847 + 51	Talgschmelzen und Fleischverarbeitung	2 885	4 110	1 225	42
28 + 2950	NE-Metallindustrie und -gießereien
3200	Maschinenbau	16 277	23 790	7 513	46
	zusammen	41 614	58 082	16 468	40
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %		25,4	33,2	.	.
c) starke Beschäftigtenzunahme (50 und mehr %)					
5600	Papier- und Pappeverarbeitung	2 470	3 785	1 315	53
5900	Gummi- und Asbestverarbeitung	1 704	2 803	1 099	64
6879	Mineralwasser und Limonaden	425	742	317	75
3100	Stahl- und Leichtmetallbau	2 950	5 259	2 309	78
6817	Brotindustrie	1 631	3 024	1 393	85
5700	Druckerei und Vervielfältigung	5 834	11 431	5 597	96
3900	Musikinstrumente, Spielwaren und Sportgeräte	94	237	143	152
3010, 3020, 3820, 3830, 3850 - 88	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Teile aus EBM	1 018	2 650	1 632	160
5800	Kunststoffverarbeitung	383	3 008	2 625	685
3500	Luftfahrzeugbau	-	320	320	.
	zusammen	16 509	33 259	16 750	101
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %		10,1	19,0	.	.
Gruppe 2 zusammen		73 131	108 629	35 498	49
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %		44,7	62,0	.	.

Die erstaunliche Expansion der fleischverarbeitenden Industrie ist auf ähnliche Ursachen zurückzuführen wie in der bereits angesprochenen Brotindustrie. Das Schlachten und Zerlegen von Vieh - so könnte man den Sachverhalt kurz umreißen - ist industrialisiert worden. Im Zuge der arbeitsteiligen Speziali-

sierung ist eine neue Produktionsrichtung entstanden, die sich mit einer adäquaten Absatztechnik verbindet und institutionell als Versandschlachtereie auftritt. In Schleswig-Holstein ist diese Entwicklung offenbar weiter fortgeschritten als in den anderen Bundesländern, eine Aussage über künftige Entwick-

lungsmöglichkeiten ist daher nur mit großer Einschränkung zu machen. Es ist durchaus denkbar, daß die Veränderungen des letzten Jahrzehnts in diesem Ausmaß einmalig waren.

Die chemische Industrie des Landes liegt hinsichtlich der relativen Zunahme der Beschäftigtenzahl auf gleicher Ebene mit der Elektrotechnik. Sie hat aber nur ungefähr das halbe "Beschäftigungsgewicht" wie diese. Das liegt daran, daß in Schleswig-Holstein Werke der Großchemie fehlen, die in anderen Regionen starken Einfluß auf das Wirtschaftswachstum haben. Es sind aber Ansätze auf dem Gebiet der Petrochemie vorhanden, deren weiterer Ausbau zweifellos eine qualitative Verbesserung der Industriestruktur des Landes nach sich ziehen würde.

Von der Zahl der Branchen her gesehen ist die mit leichtem Beschäftigtenzuwachs ausgestattete Gruppe 2a (+ 5 bis unter 20%) fast genauso vielseitig wie die soeben behandelte Gruppe 2b, hat aber nur einen Anteil von 10% an den gesamten Industriebeschäftigten des Landes. Der gewichtigste einzelne Industriezweig ist mit 6 000 Beschäftigten (1968) die Feinmechanik und Optik. Bei einem Beschäftigtenzuwachs von knapp 20% kann sie noch zu den expansiveren Branchen gerechnet werden. Sie ähnelt in mancher Beziehung der Elektrotechnik, hat aber offenbar nicht deren Wachstumsintensität aufzuweisen. Die Holzverarbeitung sollte deshalb erwähnt werden, weil sie zu den wenigen Branchen gehört, deren Entwicklung gegenläufig war: Sie hatte nämlich von 1950 bis 1957 ihren Beschäftigtenbestand um 4% verringert, abnehmende Beschäftigtenzahlen waren auch noch bis 1959 festzustellen, dann aber kehrte sich die Entwicklung um.

Eine andere Besonderheit weisen die milchverarbeitenden Industriebetriebe auf: Sie wuchsen in der Ausbau- und Konsolidierungsphase (1958-1968) schneller als in der vorausgegangenen Periode. Da dieser Umstand als ein Hinweis auf die Intensität des Wachstums gewertet werden kann, sind in der nachstehenden Übersicht alle bedeutenderen Industriezweige (das sind solche mit 3 000 und mehr Beschäftigten im Jahre 1968) dargestellt, die diese Bedingung erfüllen. Sie wurden dabei nach der relativen Zunahme des Beschäftigtenbestandes von 1958 auf 1968 geordnet.

Stellt man sehr hohe Anforderungen in der Weise, daß überdurchschnittliche Beschäftigtenzunahmen auch in der Periode 1950-1957 zur Bedingung gemacht werden, dann erfüllen nur noch die Druckereien und Vervielfältigungsindustrie und die kunststoffverarbeitende Industrie diesen hohen Anspruch. Geht man

Beschäftigtenbewegung in ausgewählten Industriezweigen

Industriezweig	Beschäftigtenveränderung in %		Beschäftigtenbestand	
	1950 bis 1957	1958 bis 1968	1950	1968
	5400 Holzverarbeitung	- 4	+ 10	3 950
6831/35 Milchverarbeitung	+ 7	+ 16	3 468	3 495
4000 Chemie	+ 27	+ 38	4 040	7 166
3200 Maschinenbau	+ 29	+ 46	12 712	23 790
3100 Stahl- und Leichtmetallbau	+ 47	+ 78	1 952	5 259
6817 Brotindustrie	- 23	+ 85	1 999	3 024
5700 Druckerei und Vervielfältigung	+ 72	+ 96	3 205	11 431
5800 Kunststoffverarbeitung	+ 223	+ 685	93	3 008
Industrie insgesamt	+ 51	+ 7	108 923	175 108

mit den Ansprüchen etwas zurück und verlangt "mittleres Wachstum" dann erweitert sich der Kreis der Industriezweige, die man wegen ihrer beständigen und überdurchschnittlichen Wachstumsintensität zu den "liebsten Kindern der Wirtschaftsminister" zählen darf, um die Chemie, den Maschinenbau und den Stahl- und Leichtmetallbau². In diesem durch Beständigkeit und Wachstumsstärke ausgezeichneten Kern der schleswig-holsteinischen Industrie ist 1968 mit über 50 000 Personen etwa jeder dritte Industriebeschäftigte tätig. 1950 war es jeder Fünfte.

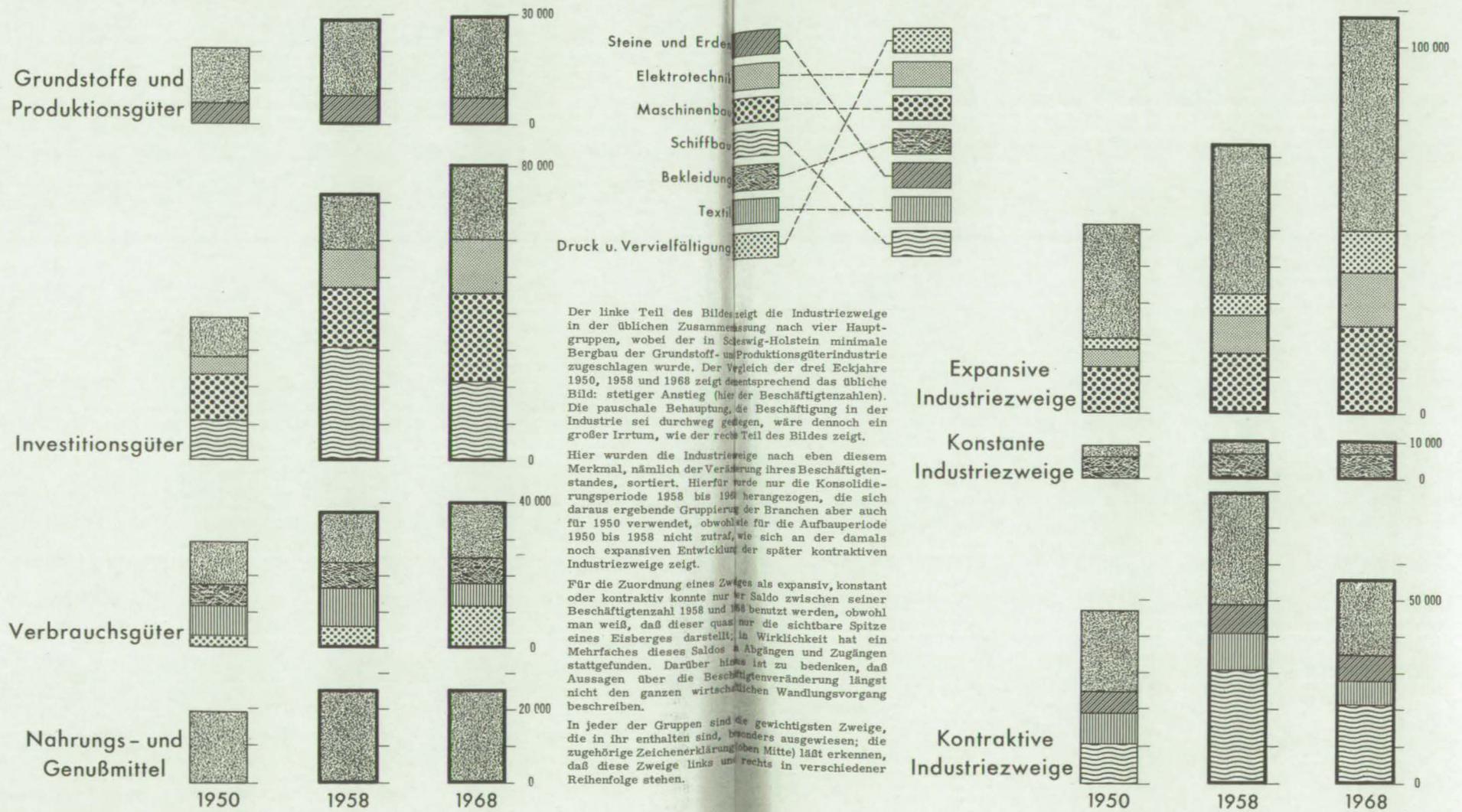
Beschäftigungskontraktive Industriezweige

Nach den industriellen "Musterknaben" nun zu den "Sorgenkindern". Darunter fallen alle Industriezweige, die im Betrachtungszeitraum 1958 auf 1968 ihren Beschäftigtenbestand um 5% und mehr verringerten. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, wird auch hier nach leichter, mittlerer und starker Abnahme der Beschäftigtenzahl differenziert. Bevor jedoch die Fakten sprechen, sind noch einige mehr allgemeine Überlegungen angebracht.

In diesem Bereich – den beschäftigungskontraktiven Industriezweigen – gehen jene Veränderungen vor sich, die in der öffentlichen Diskussion mit dem Schlagwort "Strukturkrisen" bedacht werden. Die Auswirkungen schrumpfender Beschäftigung werden wohl deshalb als außerordentlich unangenehm empfunden, weil sie mit einer nicht zu unterschätzenden menschlichen Eigenschaft, dem Beharrungsvermögen, oder, weniger höflich, mit der

2) Die Blechwaren- und Feinblechpackungsindustrie mit über 5 000 Beschäftigten und einem Beschäftigtenzuwachs von 24 % (von 1958 auf 1968) würde noch dazugehören, aber die Aussage über die Beschäftigtenentwicklung von 1950 auf 1957 (+ 23 %) ist wegen zwischenzeitlicher Änderung der wirtschaftssystematischen Zuordnung nicht sicher genug

BESCHÄFTIGTENBEWEGUNG IN DER INDUSTRIE 1950 - 1958 - 1968



Bequemlichkeit kollidieren.³ Nach den heutigen Einsichten in den Ablauf eines hochindustrialisierten Wirtschaftsprozesses kann aber ein als erstrebenswert angesehenes ausreichendes Wirtschaftswachstum nur in einer dynamischen und flexiblen Wirtschaft verwirklicht werden. Sehr vereinfacht kann man sich eine dynamische Wirtschaft etwa so vorstellen, daß alle Produktionsfaktoren ständig auf der Suche nach ihrer besten Verwendung sind. Auf den Produktionsfaktor Arbeitskraft angewandt bedeutet dies, daß Arbeitnehmer ihr Beharrungsvermögen überwinden und zum höher dotierten Arbeitsplatz wandern. Daß sich in der Realität bei diesem Prozeß, durch Unterlassungen und falsche Maßnahmen verstärkt, mannigfache Reibungen einstellen, liegt auf der Hand.

Die Strukturänderungen sind gewissermaßen der neuralgische Punkt des marktwirtschaftlichen Systems. Hier entscheidet sich, ob etwa durch die Vertreter bedrohter Interessen die Umstellung und Anpassung ungebührlich verzögert oder gar unterbunden wird, was dann tatsächlich zu Strukturkrisen führen kann, oder ob durch selektive Interventionen, im Rahmen einer harmonisierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die schmerzhaften Anpassungen erleichtert werden. Ein Fall vertretbarer Intervention wäre z. B. dann gegeben, wenn die mit kontraktiver Anpassung verbundene Freisetzung von Arbeitskräften zu schnell verläuft und dabei soziale Härten zu befürchten sind. Der Eingriff hätte dann hauptsächlich das Tempo der Freisetzung zu verlangsamen.

Nun kann man sich zwar ein Wirtschaftssystem denken, daß frei von Strukturkrisen – und frei von Wachstum – wäre, aber welcher Preis müßte für diese Art krisenfester Wirtschaft gezahlt werden? Es müßten die meisten Freiheiten abgeschafft werden, z. B. die der Konsumwahl und die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes. Dann könnte etwa der Genuß von Margarine verboten und der Verbrauch von x kg Butter je Kopf und Jahr verordnet werden. Damit wären zwar entsprechende Wandlungen der Industriestruktur nicht mehr nötig, aber der Wirtschaft auch jede Dynamik genommen. Die Folge wäre bei konstanter Bevölkerung konstantes Sozialprodukt und bei wachsender Bevölkerung sinkendes Sozialprodukt pro Kopf. Es könnten aber auch, wenn man eine wachsende Wirtschaft will, auftretende Anpassungsschwierigkeiten aufgefangen werden, indem etwa Arbeitskräfte zwangsweise in expandierende Branchen umgesetzt werden. Ist aber ein solches Wirtschaftssystem erstrebenswert?

Will man die Freiheiten behalten und trotzdem Strukturkrisen vermeiden, dann müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, den notwendigen Umstellungs- und Anpassungsprozeß – soweit er wirtschaftspolitische Seiten hat – durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu erleichtern. Davon zu trennen sind soziale Probleme der Umstellung und Anpassung, die mit den Mitteln unseres ausgebauten Systems der sozialen Sicherheiten wahrscheinlich besser zu lösen wären, als etwa mit produktionsanreizenden Subventionen, deren Auswirkungen um so fataler sind, je mehr und je länger sie die tatsächliche Marktsituation ignorieren. Diese Überlegungen beziehen ihre Berechtigung allein aus der Frage, welches Verfahren am Ende volkswirtschaftlich sinnvoller ist, da es weniger Kosten verursacht.

Doch nun zurück zu den Fakten: In den Industriezweigen mit abnehmender Beschäftigtenzahl verminderte sich der Beschäftigtenbestand von 1958 auf 1968 um etwa 24 000 Personen. Im gleichen Zeitraum kam es

3) Das soeben verabschiedete Arbeitsförderungsgesetz versucht, die Mobilität der Arbeitskräfte zu steigern und das Beharrungsvermögen abzubauen

bei den expansiven Industriezweigen zu einer Vermehrung um etwa 35 000. Rein mengenmäßig reichte die Freisetzung also nicht aus, um den Bedarf der expandierenden Branchen zu befriedigen. Es mußten noch mehr als 11 000 Beschäftigte aus anderen Wirtschaftsbereichen als der Industrie gewonnen werden. Man sieht daraus, daß beschäftigungskontraktive Industriezweige eine wesentliche Voraussetzung für expansive sind. Die übrigen Quellen, aus denen der Arbeitskräftebedarf gespeist sein kann, sind andere Sektoren der Wirtschaft, ausländische Arbeitskräfte, wachsende Erwerbsbevölkerung, steigende Erwerbsquote, Zuwanderung.

Unter den leicht kontraktiven Branchen ist auch die Industrie der Steine und Erden zu finden. Sie gehört mit über 7 000 Beschäftigten (1968) immer noch zu den gewichtigen Industriezweigen des Landes. Bei lebhafter Bautätigkeit kommt der Beschäftigtenrückgang hier etwas unerwartet. Wenn man aber weiß, daß in diesem Zweig so kapitalintensive Produktionen wie die Zementherstellung und Kalksandsteinherstellung enthalten sind, dann erkennt man in dieser Branche ein Beispiel für den Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen. Die vorhandenen Daten aus Investitionsstatistiken zeigen denn auch überdurchschnittliche Investitionsbeträge je Beschäftigten und im Verhältnis zum Umsatz. Die Produktionsentwicklung war von 1958 bis 1968 mit + 32% dementsprechend recht positiv. Ergänzend sei noch bemerkt, daß in diesem Zweig der Beschäftigtenstand in der ersten Periode, also von 1950 bis 1957, um 35% zugenommen hatte. In noch stärkerem Maße zeigte sich ein solcher Wechsel der Entwicklungsrichtung in der feinkeramischen Industrie. Hier schlug die beschäftigungsexpansive Entwicklung in der Nachkriegszeit (+ 83%) in schrumpfende Beschäftigung (- 16%) während der Ausbau- und Konsolidierungsphase um. Dasselbe gilt auch für die Papier- und Pappeerzeugung. Obwohl in beiden Branchen für die Jahre 1965 bis 1967 keine überdurchschnittliche Investitionsneigung zu erkennen ist, konnte in der Papier- und Pappeerzeugung die Produktion von 1958 auf 1968 um 50% ausgeweitet werden, in der feinkeramischen Industrie um 41%. Die Umsätze nahmen in der gleichen Zeit um 54% und 66% zu.

Die Mühlenindustrie und die Margarineherstellung gehören zu den wenigen Branchen, die von 1950 bis 1968 durchgehend abnehmende Beschäftigtenzahlen aufweisen.

Alles in allem genommen haben die Industriezweige mit leicht zurückgehender Beschäftigung kein bestimmendes Gewicht in der schleswig-holsteinischen Industriestruktur.

Gruppe 3, Beschäftigungskontraktive Industriezweige

- Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten -

Systematik-Nr.	Industriezweig	Beschäftigte		Abnahme	
		1958	1968	absolut	in %
a) leichte Beschäftigtenabnahme (5 % bis unter 20 %)					
6889	Futtermittel	959	891	68	7
5500	Papier- und Pappeerzeugung	2 520	2 335	185	7
6821	Zucker	499	455	44	9
6811	Mühlenindustrie	1 191	1 066	125	10
2500	Steine und Erden	7 853	7 056	797	10
6844	Margarine	479	423	56	12
5100	Feinkeramik	2 675	2 244	431	16
6210	Lederverarbeitung	188	158	30	16
	zusammen	16 364	14 628	1 736	11
	<i>Anteil an allen Industriebeschäftigten in %</i>	10,0	8,4	.	.
b) mittlere Beschäftigtenabnahme (20 % bis unter 50 %)					
2910	Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	3 809	3 000	809	21
6861 + 65	Kaffee- und Teeverarbeitung	1 285	977	308	24
5310+60	Sägewerke und Holzbearbeitung	2 039	1 478	561	28
3400	Schiffbau	30 758	21 562	9 196	30
6827	Süßwaren	5 103	3 382	1 721	34
2160	Erdöl- und Erdgasgewinnung
2200	Mineralölverarbeitung
3300	Straßenfahrzeuge	1 685	1 090	595	35
6900	Tabakwaren
6300	Textilien	10 254	6 364	3 890	38
6885	Eisgewinnung
6250	Schuhe	1 301	707	594	46
6813+15	Nährmittel- und Stärkeindustrie	348	176	172	49
	zusammen	60 493	41 233	19 260	32
	<i>Anteil an allen Industriebeschäftigten in %</i>	37,0	23,5	.	.
c) starke Beschäftigtenabnahme (50 und mehr %)					
6881	Essig-, Senf- und Gewürzindustrie	178	72	106	60
6100	Ledererzeugung	2 794	126	2 668	95
6877	Weinverarbeitung	24	-	24	100
	zusammen	2 996	198	2 798	93
	<i>Anteil an allen Industriebeschäftigten in %</i>	1,8	0,1	.	.
	Gruppe 3 zusammen	79 853	56 059	23 794	30
	<i>Anteil an allen Industriebeschäftigten in %</i>	48,8	32,0	.	.

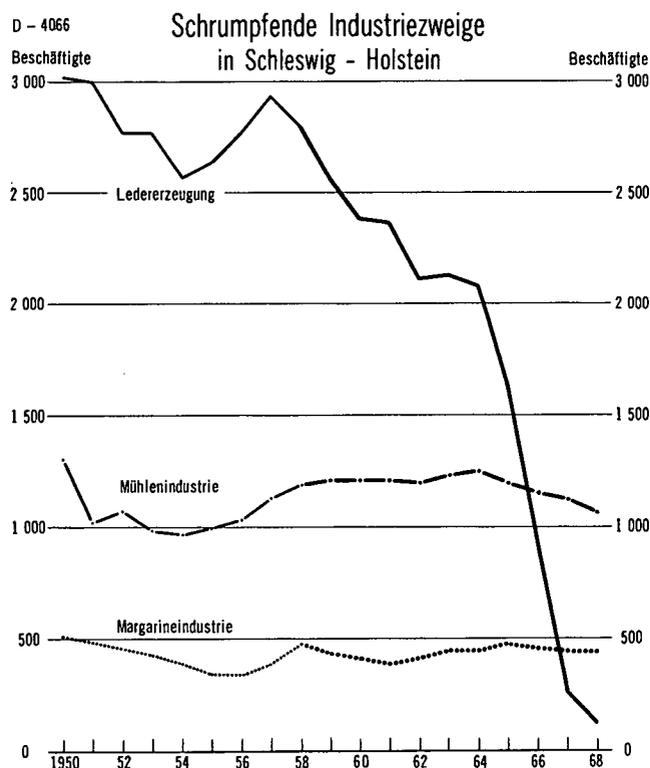
Das ist bei der nächsten Gruppe (3b) schon erheblich anders. Sie vereinigte 1958 mehr als ein Drittel aller in der Industrie beschäftigten Personen auf sich und 1968 waren es noch knapp ein Viertel, nachdem über 19 000 Beschäftigte freigesetzt worden waren. Von zwei unbedeutenden Ausnahmen (Eisgewinnung und Straßenfahrzeugbau, bei letzterem ist aus systematischen Gründen die Aussage unsicher) abgesehen, waren

übrigens alle anderen Industriezweige dieser Gruppe von 1950 bis 1957 beschäftigungs-expansiv. Die größten absoluten Veränderungen der Beschäftigtenzahlen hatte der Schiffbau. Während von 1950 bis 1957 eine Zunahme von über 19 000 Beschäftigten (+ 172%) den Wiederaufbau der Werften nach Kriegszerstörung und Demontage widerspiegelt, ist die Situation in der folgenden Periode völlig anders: von 1958 bis 1968 verminderte sich

der Beschäftigtenbestand um mehr als 9 000 Personen oder 30%. Das Beschäftigungsgewicht des Schiffbaus - dargestellt an den Anteilen der Werftbeschäftigten an allen Industriebeschäftigten des Landes - verdoppelte sich in der Aufbauphase nach dem Kriege nahezu, und zwar von 10% auf über 18%, um dann bis 1968 auf etwas über 12% abzusinken. Die Investitionen je Beschäftigten im Schiffbau lagen in den Jahren 1962 und 1965 bis 1967 durchweg unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie. Es müssen in dieser Zeit aber beträchtliche interne Rationalisierungseffekte eingetreten sein, denn die Produktion stieg von 1958 bis 1968 laut Produktionsindex (1958=100) um 4%. Ein anderes Indiz für die Entwicklung im Schiffbau sind die abgelieferten seegehenden Schiffsneubauten; diese stiegen von 282 000 BRT im Jahre 1962 auf 604 000 BRT im Jahre 1968. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß in diesen imponierenden Produktionsdaten auch die Umstellung vom hochwertigen Spezialschiff zum relativ billigen Supertanker zum Ausdruck kommt.

Zu Buche schlagende Freisetzen von Arbeitskräften kamen dann noch in der Textilindustrie mit fast 4 000 und in der Süßwarenindustrie mit 1 900 Beschäftigten vor.

Unter den stark beschäftigungskontraktiven Industriezweigen war lediglich die Ledererzeugung von einigem Gewicht. Dieser traditionsreiche Industriezweig, der von



1950 bis 1957 seinen Beschäftigtenstand nur knapp hatte behaupten können, ist heute bis zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft. Wie kontraktive Anpassungsprozesse von Jahr zu Jahr verlaufen können, geht aus dem Bild hervor.

In keinem der Fälle von Kontraktion in beiden Perioden ist die Anpassung geradlinig oder auch nur mit stetiger Beschäftigtenabnahme vor sich gegangen. Es hat immer wieder mehr oder weniger ausgeprägte "Zwischenhochs" gegeben, besonders deutlich in der Mühlenindustrie. Die Strukturwandlungen vollziehen sich ja nicht im luftleeren Raum, sondern sind eingebettet in die Interdependenz der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Strukturelle Veränderungen werden zeitweilig von konjunkturellen Einflüssen überlagert, wobei es dann nicht leicht ist festzustellen, welche Ursachen in der gegebenen Situation ausschlaggebend waren. Mit welcher Geschwindigkeit ein kontraktiver Prozeß ablaufen kann, sieht man an der Ledererzeugung in den letzten fünf Jahren.

Jahr	Ledererzeugung	
	Beschäftigte	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1950	3 015	.
1951	3 004	- 0,4
1952	2 768	- 7,9
1953	2 764	- 0,1
1954	2 568	- 7,1
1955	2 635	+ 2,6
1956	2 769	+ 5,1
1957	2 944	+ 6,3
1958	2 794	- 5,1
1959	2 572	- 7,9
1960	2 379	- 7,5
1961	2 367	- 0,5
1962	2 119	- 10,5
1963	2 129	+ 0,5
1964	2 082	- 2,2
1965	1 627	- 21,9
1966	903	- 44,5
1967	265	- 70,7
1968	126	- 52,5

Mit der Darstellung des derzeitigen industriellen Beschäftigungsbildes und den Wandlungen seit dem Ende des Krieges, sollten gleichzeitig Grundlagen für zukunftsorientierte Überlegungen gewonnen werden. Ein folgender Aufsatz wird einige Projektionen der Industriebeschäftigung auf das kommende Jahrzehnt - also bis 1978 - zum Thema haben.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch den 1. Teil dieses Aufsatzes in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 175 (August)

Wohnungen in Kiel 1968

Am 25. Oktober 1968 wurde zwölf Jahre nach der letzten umfassenden Wohnungszählung 1956 und sieben Jahre nach den gebäudestatistischen Feststellungen im Zusammenhang mit der Volkszählung 1961 wieder eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Inzwischen sind etwa 1,4 Millionen Erhebungspapiere von den schleswig-holsteinischen Zählungsdienststellen beim Statistischen Landesamt abgeliefert worden. Damit liegt jetzt das Urmaterial für neue gebäude- und wohnungstatistische Daten vollzählig vor. Für den Nachweis in Form von Tabellen für Gemeinden, Kreise und das Land sind aber noch umfangreiche Arbeiten erforderlich. So müssen vor allem sämtliche Angaben in den Erhebungspapieren auf Lochkarten abgelocht und diese Lochkarten auf Maschinenbänder übernommen werden. Anschließend ist das Material maschinell auf Vollzähligkeit und Plausibilität zu überprüfen und manuell sowie maschinell zu bereinigen.

Inzwischen ist auf Wunsch des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau die Aufbereitung der Zählung für ausgewählte Städte durch besondere Anstrengungen aller beteiligten Stellen soweit vorangetrieben worden, daß bereits jetzt vorläufige Zahlen ausgewiesen werden können. Damit liegen erstmalig in der Geschichte der großen amtlichen Wohnungszählungen bereits neun Monate nach dem Stichtag erste Ergebnisse vor. In Schleswig-Holstein wurden die Ergebnisse für Kiel vorweg aufbereitet. Dieses Ergebnis wird sich durch Bereinigung von Fehlern noch geringfügig ändern.

In Kiel wurden am 25. Oktober 1968 insgesamt 25 140 Gebäude und Unterkünfte mit rund 97 100 Wohnungen und etwa 3 250 Wohngelegenheiten erfaßt, wobei unter Wohngelegenheiten Wohneinheiten zu verstehen sind, die im Gegensatz zu Wohnungen keine eigene Küche oder Kochnische haben oder im Kellergeschoß oder in Unterkünften liegen.

	Gebäude	Wohnungen	Wohn- gelegen- heiten
Wohngebäude	23 432	95 126	1 730
Sonstige Gebäude	882	1 958	211
Unterkünfte	798	-	1 291
Wochenend- und Ferlenhäuser	28	8	20
Insgesamt	25 140	97 092	3 252

Die Zahl der Wohngebäude stieg seit dem 30. September 1950 um 60% auf gut 23 400 an,

während die Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden sogar um 70% auf rund 97 100 anwuchs. Mithin sind gut zwei Fünftel des derzeitigen Bestandes an Wohnungen seit 1950 neu erbaut worden, und jede siebente Wohnung besteht erst seit 1961. In diesem Anstieg schlagen sich außer Neubauten zu einem geringen Prozentsatz auch Gebietsveränderungen zwischen den Großzählungen wie die Eingemeindungen von Suchsdorf im Jahre 1958 und Schilksee im Jahre 1959 nieder.

	1950	1956	1961	1968
Wohngebäude	14 680		20 606	23 432
Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden	57 226	70 627	83 717	97 092

Die Zahl der Unterkünfte, zu denen insbesondere Behelfsheime, Baracken, Nissenhütten, Wohnlauben, Wohnwagen und Wohnschiffe rechnen, ist dagegen weiter gesunken. Es gab 1968 nur noch 798 Unterkünfte mit 1 291 Wohngelegenheiten gegenüber 1 892 Unterkünften mit 3 541 Wohngelegenheiten im Jahre 1961. In sieben Jahren sind damit etwa zwei Drittel der Wohngelegenheiten in Unterkünften abgeschafft worden. Lebten 1961 noch etwa 10 500 Personen in Unterkünften, so waren es 1968 nur noch rund 4 300 Personen.

Außer den Wohngelegenheiten in Unterkünften gibt es noch etwa 2 000 Wohngelegenheiten in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden. Die Zahl der Wohngelegenheiten in Gebäuden ist gegenüber 1961 um etwa 1 000 auf rund 1 700 angestiegen. Der Anstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, daß immer häufiger einzelne Räume im Dachgeschoß an Studenten, Schüler und Erwerbstätige vermietet werden. Die einzelnen Räume sind häufig durch Ausbau des Dachgeschosses neu entstanden oder gehörten früher als Mansarden zu den Wohnungen im Gebäude. Einzelne gemietete Räume zählen als Wohngelegenheit.

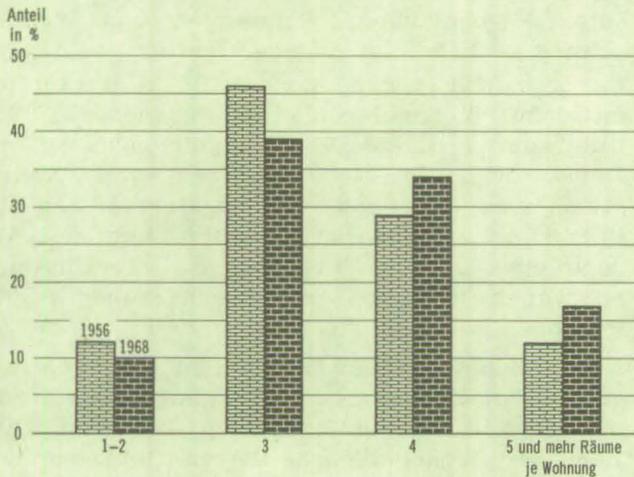
Es gibt etwa genausoviel Einfamilienhäuser wie Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen. In den Einfamilienhäusern befinden sich gut 10% und in den Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen gut 80% der Wohnungen. Die Masse der Bevölkerung Kiels wohnt also in größeren Miethäusern.

Über die Hälfte aller Wohnungen haben vier und mehr Räume, und nur knapp ein Zehntel aller Wohnungen sind ausgesprochene Kleinwohnungen mit ein bis zwei Räumen. Zu den

Räumen einer Wohnung gehören neben Wohn- und Schlafräumen auch Küche, untervermietete und gewerblich genutzte Räume. Nicht dazu gehören Nebenräume wie Badezimmer, Toilette, Flur, Speise- und Abstellkammer. Räume mit weniger als 6 qm Wohnfläche werden nicht mitgezählt. Gegenüber 1956 ist der Anteil der Kleinwohnungen von 12% auf 10% gesunken, während der Anteil der Wohnungen mit 4 und mehr Räumen von 41% in hohem Maße, nämlich um gut 10 Punkte auf 52% angestiegen ist. Jede sechste Wohnung hat heute bereits 5 und mehr Räume. Der Trend zur größeren Wohnung ist also offensichtlich. Die dargestellte Entwicklung bei den Wohnungsgrößenklassen tritt selbstverständlich auch in der Durchschnittszahl der Räume je Wohnung in Erscheinung, die sich gegenüber 1956 von 3,4 auf 3,7 Räume je Wohnung erhöht hat.

D - 4063

Wohnungsgröße in Kiel 1956 und 1968



Nahezu alle Wohngebäude in Kiel haben einen Anschluß an das Wassernetz. Aber es gibt noch 1 518 Wohngebäude mit 2 640 Wohnungen, die weder einen Anschluß an Kanalisation für Fäkalien noch eine Hauskläranlage haben. 1961 waren es noch mehr als doppelt so viele Wohngebäude mit "sonstiger Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung".

Hinsichtlich der Ausstattung der Wohnungen ist weiter bemerkenswert, daß jede vierte Wohnung noch so mangelhaft ausgestattet ist, daß sich innerhalb der Wohnung keine Toilette mit Wasserspülung befindet. Die meisten dieser Wohnungen haben dann aber eine Toilette mit Wasserspülung außerhalb der Wohnung im Gebäude (auf halber Etage oder im Keller). Aber es gibt auch noch Wohnungen, die eine Toilette mit Wasserspülung außerhalb des Gebäudes oder gar nur eine Toilette ohne

Wasserspülung haben. Andererseits hat jede dritte Wohnung Bad, Toilette mit Wasserspülung und Sammelheizung (Fern-, Zentral- oder Etagenheizung) und fast zwei Drittel aller Wohnungen haben Bad und Toilette mit Wasserspülung.

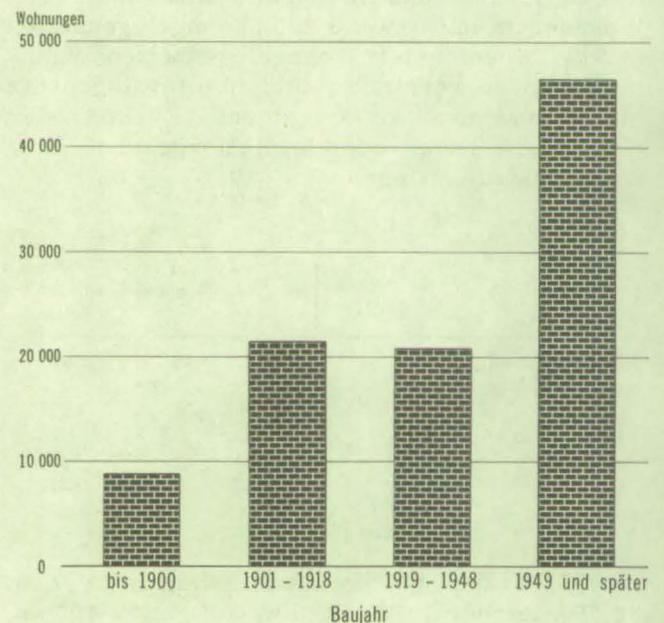
Jede zweite Wohnung wird noch durch Einzel- oder Mehrraumöfen für Kohle, Holz und Torf beheizt. Gut zwei Fünftel aller Wohnungen sind einer Sammelheizung angeschlossen. In den übrigen Wohnungen stehen Einzel- oder Mehrraumöfen für Öl, Gas und Strom.

Zur Ermittlung der Durchschnittsmiete für Mietwohnungen konnten die Mietangaben für etwa 80 000 Mietwohnungen herangezogen werden. Um diese Durchschnittsmiete nicht durch Mieten zu verfälschen, die aus besonderen Gründen ermäßigt oder überhöht sind, wurden die Mietangaben für Hausmeister-, Dienst-, Werks- und Stiftswohnungen sowie Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen ausgeklammert. Danach müssen in Kiel für Mietwohnungen im Durchschnitt 2,45 DM je Quadratmeter gezahlt werden. Hierin sind Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr enthalten, nicht enthalten sind Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermietszuschlag und Zuschlag für Möblierung.

Im Vergleich zu den heute üblichen Mieten für Neubauwohnungen liegt diese Durchschnittsmiete sehr niedrig. Es ist aber zu berücksichtigen, daß mehr als die Hälfte der Wohnungen sich in Gebäuden befindet, die

D - 4064

Wohnungen nach dem Baualter in Kiel 1968



vor 1949 errichtet wurden. Für die Mietwohnungen in diesen Gebäuden liegt die Durchschnittsmiete bei 2,26 DM je Quadratmeter. Dagegen müssen Mieter für Wohnungen in Gebäuden, die 1949 und später errichtet wurden, bereits im Durchschnitt 2,67 DM je Quadratmeter ausgeben. Dabei muß ferner bedacht werden, daß der öffentlich geförderte Wohnungsbau durch seine sozialen Richtsatzmieten die Durchschnittsmiete für die neueren Wohnungen wesentlich beeinflußt hat, denn über ein Drittel aller Mietwohnungen Kiels sind öffentlich gefördert.

Ohne Zweitwohnungen und solche, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte gemietet sind, gab es insgesamt gut 82 000 Mietwohnungen und 13 500 Eigentümerwohnungen. Etwa jede siebente Wohnung ist also eine Eigentümerwohnung. In den Wohnungen lebten insgesamt etwa 104 000 Wohnparteien mit rund 255 000 Personen. Damit entfielen auf jede Person 1,4 Räume und 22 Quadratmeter Wohnfläche. Von den rund 107 000 Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten waren immerhin drei Zehntel Einpersonwohnparteien. Drei Viertel dieser Einpersonwohnparteien wohnten allein in ihrer Wohnung oder Wohngelegenheit (hatten also keinen Untermieter), so daß nahezu jede vierte Wohnung und Wohngelegenheit von einer einzelnen Person bewohnt wird. Andererseits gibt es in Kiel etwa 8 500 Untermieterwohnparteien, von denen 80% Einpersonwohnparteien sind.

Zwischen dem ständig fortgeschriebenen Bestand und dem Ergebnis dieser Zählung ergibt sich eine Differenz von 300 Wohngebäuden und etwa 2 200 Wohnungen, und zwar wurden bei der Zählung gegenüber der Fortschreibung 1,3% weniger Wohngebäude und 2,2% weniger Wohnungen erfaßt. Die Ursache für diese Differenz liegt darin, daß die Abbrüche von Gebäuden nicht immer gemeldet werden und die Abgänge von Wohnungen, die im Laufe der Jahre in die gewerbliche Nutzung übergegangen oder zu einer größeren Wohnung

zusammengelegt worden sind, ebenfalls nicht gemeldet werden. Durch die sog. Umwidmung von Wohnungen in Arztpraxen, Büros u. ä. ist es auch möglich, daß Gebäude nun nicht mehr mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen und von einem Wohngebäude zu einem sonstigen Gebäude wurden, was sich aber in der Fortschreibung nicht niederschlug. Die Annahme, daß die Differenz zwischen der Fortschreibung und dem Zählungsergebnis bei den Wohnungen vor allem auf die Umwidmungen zurückzuführen ist, wird durch die Feststellung erhärtet, daß die Abweichung in der Innenstadt mit den Geschäftsvierteln wesentlich höher ist als in den reinen Wohnbezirken der Stadt.

Begriffe und Methode:

Bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 sind folgende Unterkünfte erfaßt worden:

Wohngebäude (Gebäude, die mindestens zur Hälfte zum Wohnen dienen)

Sonstige Gebäude (Gebäude, die mit weniger als der Hälfte zum Wohnen dienen)

Wohnheime, Anstalten

wenn sie mindestens eine Wohnung oder ein Einzelzimmer mit Küche oder Kochnische enthalten

Wochenend- und Ferienhäuser

Sonstige bewohnte Unterkünfte wie

Behelfsheime, Baracken, Nissenhütten, Wohnlauben, Wohnwagen, Wohnschiffe.

Wohnungen sind Wohneinheiten, die aus einem Raum oder mehreren, in der Regel zusammenliegenden Räumen mit eigener Küche oder Kochnische bestehen und nicht im Kellergeschoß oder in einer Unterkunft liegen. Es wurden sämtliche vorhandenen Wohnungen erfaßt.

Wohngelegenheiten sind Wohneinheiten ohne eigene Küche oder Kochnische und Wohneinheiten, die sich im Kellergeschoß oder in Unterkünften befinden. Mit Ausnahme derer in Wohnheimen und Anstalten wurden alle Wohngelegenheiten gezählt.

Dipl.-Volksw. Peter Möller

Streiks und Aussperrungen 1899 bis 1968

Bereits seit 1899 werden in Deutschland durch die amtliche Statistik Umfang und Dauer der Streiks und Aussperrungen sowie ihre Ursachen und Ergebnisse festgehalten. Die Meldungen erfolgten zunächst durch die Ortspolizei-

behörden. Nachdem die öffentlichen Arbeitsnachweise eingerichtet waren, wurde diesen Stellen 1923 die Beobachtung und Registrierung der Arbeitsstreitigkeiten, soweit sie zu einer vorübergehenden Arbeitseinstellung führten,

übertragen. Von 1933 bis 1945 gab es keine Arbeitskämpfe, da die Sozialpartner in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossen waren und Arbeitsstreitigkeiten durch den Treuhänder der Arbeit geregelt wurden. Danach wurden die Erhebungen zunächst in den einzelnen Ländern und Zonen ohne einheitliches Schema fortgeführt, bis 1949 die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die heute noch geltenden Grundlagen für eine einheitliche Statistik schuf. Seit 1951 erstreckt sich die Statistik der Streiks und Aussperrungen auf das Bundesgebiet.

Die Ergebnisse sind bis 1919 in besonderen Bänden der "Statistik des Deutschen Reiches" und 1920 bis 1931 im "Reichsarbeitsblatt" veröffentlicht worden. Ab 1949 hat das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und ab 1952 das Statistische Bundesamt Statistische Berichte über Streiks und Aussperrungen herausgegeben, die seit 1961 als Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 6 (Erwerbstätigkeit), III. Streiks erscheinen.

Wir besitzen daher auch für Schleswig-Holstein eine fortlaufende Zahlenreihe, die allerdings für die Jahre 1918 - 1920 unzuverlässig ist und von 1928 - 1948 eine Lücke aufweist. Auch bleibt bei Vergleichen zu bedenken, daß sich die Erfassungsmethoden mehrfach geändert haben. Z. B. wurden seit 1919 die Streiks der Angestellten erfaßt, die vorher teilweise als "mittelbar betroffen" bei den Arbeiterstreiks gezählt worden waren. Neu ist nach dem 1. Weltkrieg auch die Erfassung der Streiks in der Land- und Forstwirtschaft. Seit 1924 sind die politischen Streiks, die nach 1910 in zunehmendem Maße auftraten und teilweise miterfaßt wurden, nicht mehr in der Statistik enthalten.

Rechtsgrundlagen der Statistik der Streiks und Aussperrungen waren für die Jahre 1928 bis 1968 § 41 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. 7. 1927 (letzte Fassung des AVAVG vom 3. 4. 1957) und die Durchführungsverordnungen des Bundesarbeitsministers hierzu. Die sechste und letzte Rechtsverordnung ist am 22. 4. 1959 erlassen worden (BGBl. I S. 233). Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und das Statistische Bundesamt haben durch Erlasse und Richtlinien die technischen Einzelheiten der Erhebung geregelt.

Danach dienen als Erhebungsstellen die Arbeitsämter, denen die Arbeitgeber bei Ausbruch und Beendigung eines Arbeitskampfes auf vorgeschriebenen Formularen Anzeige zu erstatten haben. Von der Meldepflicht sind solche Arbeitsstreitigkeiten ausgenommen, an denen im einzelnen Betrieb weniger als zehn Arbeitnehmer beteiligt sind oder die weniger als einen Tag dauern, es sei denn, daß

durch sie dem Betrieb ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen entstanden ist. Die Anzeigen werden von den Arbeitsämtern geprüft und von den Landesarbeitsämtern zu vierteljährlichen Meldungen für die Hauptstelle der Bundesanstalt zusammengestellt. Durchschriften der Anzeigen und der Meldungen gehen an die Statistischen Landesämter, die sie zu Länderergebnissen aufbereiten. Das Statistische Bundesamt erstellt die Bundesergebnisse.

Mit dem Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. 6. 1969 (BGBl. I, S. 582 ff) ist das AVAVG mit Ablauf des 30. 6. 1969 außer Kraft gesetzt worden. An die Stelle des § 41 AVAVG ist § 17 des AFG als Rechtsgrundlage für die Statistik der Arbeitskämpfe getreten.

Streiks¹ und Aussperrungen in der Provinz Schleswig-Holstein
1899 bis 1927

Jahr	Streiks	Aussperrungen	
			Beteiligte Arbeitnehmer
1899	7 565	331	
1900	15 017	-	
1901	5 754	-	
1902	5 739	-	
1903	3 970	137	
1904	5 212	255	
1905	12 844	902	
1906	15 597	2 696	
1907	7 240	5 524	
1908	8 846	7 699	
1909	6 622	2 357	
1910	9 938	11 670	
1911	6 343	2 158	
1912	7 167	2 878	
1913	30 147	1 347	
1914	951	95	
1915	318	-	
1916	-	-	
		Verlorene Arbeitstage	
1917	42 611	-	-
1918	3 181	-	-
1919	64 062	-	-
1920	147 908	1'429	-
1921	499 989	3 496	-
1922	357 460	30 098	-
1923	321 948	42 569	-
1924	374 939	1 036 235	-
1925	78 521	138 102	-
1926	46 820	891	-
1927	116 604	11 547	-

1) ohne politische Streiks

Quelle: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel, 1967, S. 85/86

Die Statistik der Arbeitskämpfe hat im Jahre 1959 wesentliche methodische Änderungen erfahren. Sie wird nicht mehr nach

dem "Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Arbeitseinsatzstatistik", sondern nach den Wirtschaftszweigen des "Systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten" gegliedert. Gleichzeitig sind Vereinfachungen in den Anzeigen der Arbeitskämpfe eingeführt worden, und zwar insofern, als kein Unterschied mehr zwischen direkt und indirekt Beteiligten gemacht wird und die Nachweisungen der Ursachen (Gegenstand) und Erfolge der Arbeitskämpfe sowie ihrer Billigung durch die Gewerkschaften entfallen sind. Und schließlich werden nunmehr die durch Streik und Aussperrung ausgefallenen Arbeitstage im jeweiligen Berichtszeitraum gezählt, während vorher alle Ausfalltage dem Zeitraum hinzugerechnet wurden, in dem der Arbeitskampf beendet wurde.

Die Zusammenlegung der Landesarbeitsämter von Schleswig-Holstein und Hamburg im Jahre 1964 hat auf die Meldung der Streiks und Aussperrungen nach Ländern keinen Einfluß gehabt. Das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein/Hamburg weist in seinen vierteljährlichen Meldungen die Zahlen für Schleswig-Holstein als Unterpositionen aus.

Streiks in Schleswig-Holstein 1949 bis 1968

Jahr ¹	Betroffene Betriebe	Beteiligte Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage
1949	96	474	7 093
1950	14	2 905	18 976
1951	62	481	7 663
1952	295	20 184	44 582
1953	19	185	1 100
1954	40	501	1 057
1955	26	693	12 660
1956	22	795	15 338
1957	39	28 571	2 295 403
1958	101	6 538	9 477
1959	1	12	384
1960	-	-	-
1961	1	34	429
1962	104	2 405	33 592
1963	-	-	-
1964	1	13	46
1965	-	-	-
1966	-	-	-
1967	17	797	1 347
1968	-	-	-

1) Bis 1959 ist ein Streik vollständig dem Jahr zugeordnet worden, in dem er beendet wurde

Die Zahl der durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage in Schleswig-Holstein war besonders groß in den Jahren von 1920 bis 1924, als die Wirtschaft durch die Folgen des verlorenen Krieges und die Inflation erschüttert wurde. Durch Streiks gingen 1921 in 2 043 betroffenen Betrieben 500 000 und durch Aussperrungen 1924 in 1 006 Betrieben über

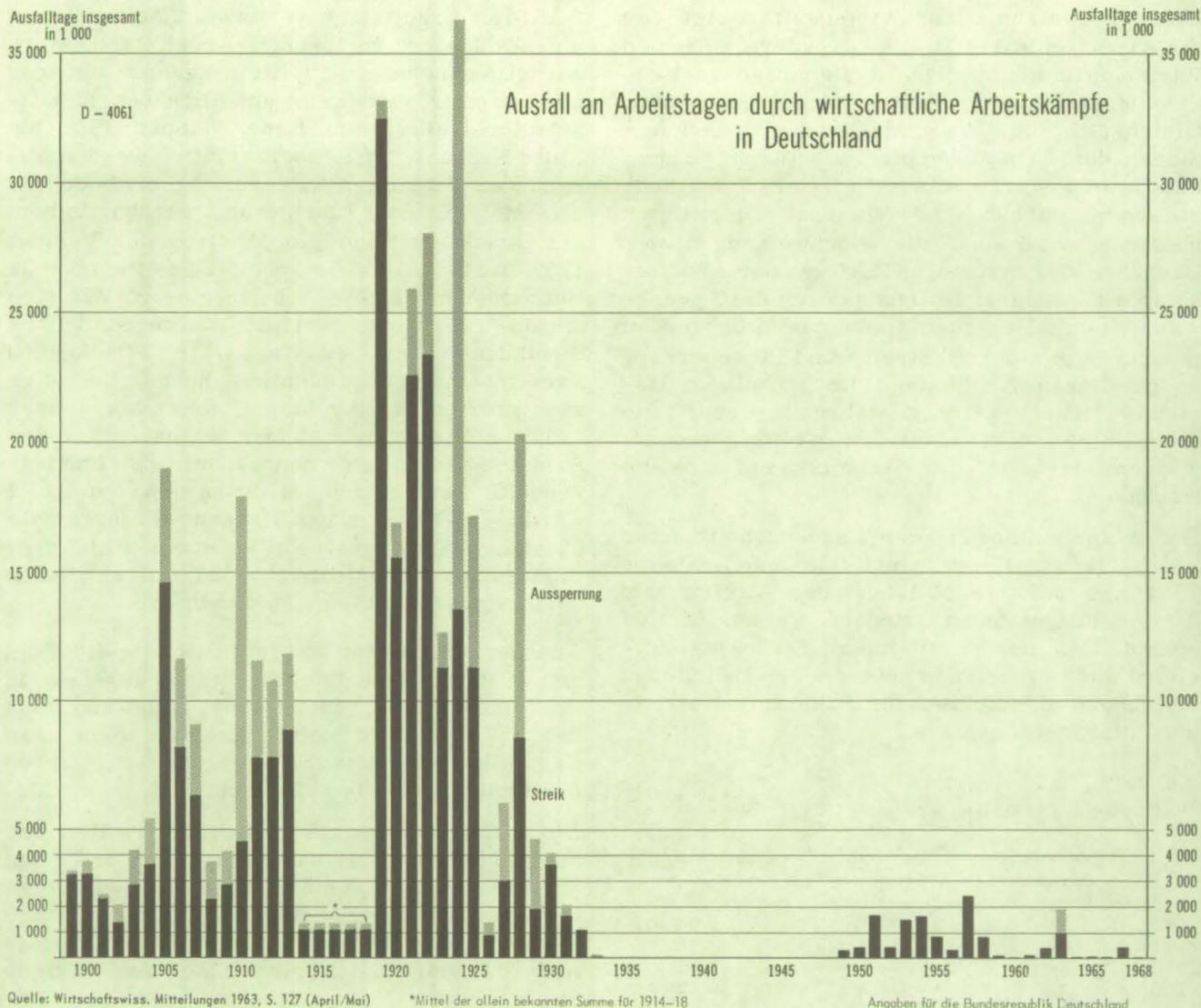
1 Million Arbeitstage verloren. Nach 1924 ist die Zahl der verlorenen Arbeitstage stark zurückgegangen. Die Millionengrenze ist nur noch einmal, und zwar anlässlich des Metallarbeiterstreiks vom Ende Oktober 1956 bis Mitte Februar 1957, überschritten worden. Da nach der damaligen Aufbereitungsmethode alle Streiktage in dem Jahr gezählt wurden, in dem der Streik zu Ende ging, betrug der Verlust 1957 fast 2,3 Mill. Arbeitstage in nur 39 Betrieben mit 28 600 Arbeitnehmern. Wie sich daraus errechnet, war die durchschnittliche Streikdauer mit 80 Tagen je streikenden Arbeitnehmer ungewöhnlich hoch. Bei dem zweitgrößten Streikvolumen, dem des Jahres 1952, entfielen nur 2 Streiktage auf einen Arbeitnehmer. Unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, in denen 1957 gestreikt wurde - in Bremen und Hessen wurde damals überhaupt nicht gestreikt -, stand Schleswig-Holstein durch den Streik 1957 mit 96% aller verlorenen Arbeitstage an der Spitze.

Aussperrungen hat es in Schleswig-Holstein von 1949 bis 1968 überhaupt nicht gegeben. In den Jahren 1960, 1963, 1965, 1966 und 1968 gab es hier auch keine Streiks, wenn man Bagatellstreitigkeiten im Sinne der oben erwähnten Methodik außer acht läßt.

Die 797 Arbeitnehmer, die 1967 17 Betriebe Schleswig-Holsteins bestreikten, gehörten bis auf einen Betrieb des Maschinenbaus der Holzverarbeitung an. Es gingen 1 347 Arbeitstage verloren, die durchschnittliche Streikdauer je Arbeitnehmer belief sich also auf weniger als 2 Tage.

In diesem Jahr war auch in anderen Ländern des Bundesgebietes eine lebhaftere Streiktätigkeit als in den Vorjahren 1964 bis 1966 zu beobachten, vor allem durch Streiks der Fliesenleger in Nordrhein-Westfalen. Diese Streiks währten im Durchschnitt der beteiligten Arbeitnehmer 45 Tage. Im gesamten Bundesgebiet gingen 1967 389 581 Arbeitstage verloren, 1968 dagegen nur 25 249.

Gemessen an den großen Arbeitsausfällen durch Arbeitskämpfe in Deutschland vor 1933, die allein im Jahre 1924 zu einem Verlust von über 36 Mill. Arbeitstagen führten, nehmen sich die jährlichen Ausfallzahlen von 1949 bis 1968 klein aus. Daran zeigt sich, daß Streiks und Aussperrungen als Mittel des Arbeitskampfes zur Zeit an Bedeutung verloren haben. Das gilt insbesondere von den Aussperrungen, die - abgesehen von Bagatellfällen - in den Jahren von 1949 bis 1962 durch die Arbeitgeber in der Bundesrepublik überhaupt nicht mehr angewandt wurden. In der Auseinandersetzung in der Metallindustrie Baden-Württembergs im Jahre 1963 spielten sie zwar noch einmal eine größere Rolle - es gingen damals über 1,3 Mill.



Arbeitstage (davon rund 350 000 durch Aussperrung mit gleichzeitigem Streik) verloren, wobei rund 300 000 Arbeitnehmer in 601 Betrieben betroffen wurden -, traten dann aber in den Jahren 1964 bis 1968 nur noch in ganz geringem Ausmaß in Erscheinung; wenn hier

ausgesperrt wurde, wurde fast immer auch gestreikt.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Streiks und Aussperrungen 1960 bis 1965" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 95 (April) und "Streiks 1968" in Wirtschaft und Statistik 1969, S. 74 (Februar)

Kurzberichte

Wie viele Studenten wollen Studienrat oder Realschullehrer werden ?

Im Sommersemester 1969 hatte die Christian-Albrechts-Universität in Kiel rund 7 700 Studenten, und zwar knapp 7 200 Deutsche und über 500 Ausländer. In diesen Zahlen sind die 311 Studenten der Medizinischen

Akademie Lübeck enthalten. Damit hat die Studentenzahl weiter zugenommen. Die Zuwachsrate gegenüber dem Sommersemester 1968 betrug 2,2%.

Die Melde- und Rückmeldebogen der Studenten enthalten eine Frage nach dem angestrebten Berufsziel. Eine Reihe von Studenten gibt auf diese Frage keine Antwort oder hat auch

Immatrikulierte Studenten im Sommersemester 1969
(einschließlich Beurlaubte)
an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel¹
(vorläufiges Ergebnis)

Fachrichtung	Studenten				
	Deutsche und Ausländer	Deutsche insgesamt	weiblich	Ausländer insgesamt	weiblich
Evangelische Theologie	96	95	16	1	-
Allgemeine Medizin ¹	1 672	1 480	315	192	29
Zahnmedizin	304	288	55	16	5
Pharmazie	192	189	89	3	1
Rechtswissenschaft	1 173	1 171	122	2	1
Wirtschaftswissenschaften	500	468	54	32	1
Geisteswissenschaften	1 688	1 584	711	104	62
Naturwissenschaften	1 835	1 704	343	131	7
Landwirtschaft	239	182	21	57	1
Insgesamt	7 699	7 161	1 726	538	107

1) einschließlich 311 Studenten der Medizinischen Akademie Lübeck

noch keine konkrete Berufsvorstellung. Die genannten Berufswünsche der Studenten sind jedoch vielfältig und bunt. Sie lassen sich schwer in ein Schema pressen. Eine Zusammenstellung über die Angaben der geäußerten Berufswünsche gibt dennoch - trotz aller Problematik der Zahlenangaben - interessante Aufschlüsse. So wollten z.B. im Sommersemester 1969 9% aller deutschen Studenten Realschullehrer werden und 15% Studienrat. Dieser Anteil hat sich im Laufe der letzten Jahre verändert. Es liegen jedoch nur Angaben aus fünf Semestern vor. Der Anteil der deutschen Studenten mit den Berufszielen Realschullehrer und Studienrat an allen deutschen Studenten hat sich an der Universität Kiel wie folgt entwickelt:

Studenten mit dem Berufsziel

	Realschullehrer			Studienrat		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Wintersemester 1962/63	1 %	15 %	5 %	25 %	30 %	26 %
1963/64	2 %	18 %	6 %	22 %	27 %	23 %
1964/65	2 %	18 %	6 %	19 %	23 %	20 %
1965/66	3 %	19 %	7 %	17 %	17 %	17 %
Sommersemester 1969	4 %	28 %	9 %	14 %	16 %	15 %

Nachstehend ein Beispiel dafür, wie die Prozentzahlen gelesen werden müssen: Von allen deutschen Studentinnen, die im Sommersemester an der Kieler Universität studiert

haben, hatten 28% angegeben, Realschullehrerin werden zu wollen.

Bei diesen Aussagen darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich um Anteile handelt, die Zahl der Studenten, die Realschullehrer oder Studienrat werden wollen, hat zugenommen.

Studenten mit dem Berufsziel

	Realschullehrer			Studienrat		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Wintersemester 1965/66	120	283	403	731	249	980
Sommersemester 1969	189	457	646	756	271	1 027

Die Tabellen zeigen, daß der Anteil der Studenten, die im Sommersemester 1969 als Berufsziel Studienrat angegeben haben (15%) kleiner ist als im Wintersemester 1965/66 (17%). Die Zahl der Studenten mit dem Berufsziel Studienrat hat sich dagegen aber im Sommersemester 1969 (1 027 Studenten) gegenüber dem Wintersemester 1965/66 (980 Studenten) erhöht. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist jedoch zu bedenken, daß - wie bereits anfangs gesagt - eine Reihe von Studenten kein Berufsziel anzugeben pflegt, so daß man nicht weiß, mit wie vielen Lehrern man tatsächlich rechnen kann.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

Der Anbau auf dem Ackerland 1969

Mehr Getreide und Ölfrüchte, weniger Hackfrüchte und Ackerfutterbau; das sind die wichtigsten Ergebnisse der diesjährigen Bodennutzungserhebung.

1969 wurde mit 414 000 ha die bisher größte Getreideanbaufläche nachgewiesen. Das Vorjahresergebnis wurde um 5 500 ha (+ 1%) und der Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre um 9 500 ha (+ 2%) übertroffen. Ausgedehnt wurden vor allem der Weizen- und Haferanbau. Die Winterroggen- und Sommergerstenflächen veränderten sich kaum, während der Anbau von Sommermenggetreide weiter stark eingeschränkt wurde. Der Wintergerstenanbau ging um 8% gegenüber dem Vorjahr zurück, bleibt aber mit 56 000 ha noch überdurchschnittlich hoch.

Fruchtart	Anbau 1969 in ha	Veränderung in % gegenüber D	
		1963-1968	1968
Winterweizen	76 562	+ 7,9	+ 4,2
Sommerweizen	18 330	+ 33	+ 49
Winterroggen	69 728	- 9,4	- 1,1
Sommerroggen	3 849	- 7,2	+ 8,4
Wintergerste	56 276	+ 21	- 8,1
Sommergerste	42 189	- 18	- 0,5
Hafer	115 863	+ 27	+ 7,8
Sommermenggetreide	31 200	- 36	- 17
Getreide zusammen	413 997	+ 2,3	+ 1,3
Körnermais	268	+ 198	+ 76
Hülsenfrüchte	2 229	- 27	- 12
Raps und Rübsen	45 720	+ 62	+ 19
Kartoffeln	11 713	- 41	- 16
Zuckerrüben	13 759	- 7,1	- 0,4
Kohlrüben	15 231	- 20	- 25
Runkelrüben	23 350	+ 6,6	+ 16
Übrige Hackfrüchte	550	- 61	- 52
Hackfrüchte zusammen	64 603	- 16	- 7,1
Gemüse u. a. Gartengewächse	8 381	- 21	- 6,2
Handelsgewächse (ohne Ölfrüchte)	4 698	- 3,2	- 4,6
Ackerfutterbau	101 973	- 17	- 5,5
Brache usw.	2 656	+ 4,3	- 1,5
Ackerland zusammen	644 525	- 1,6	+ 0,1

- wohl verstärkt durch die Kälte dieses Frühjahrs - um die Hälfte zurück. An mittelfrühen Sorten wurde um 16% und an Spätkartoffeln um 8% weniger angebaut als 1968.

Der Zuckerrübenanbau blieb mit knapp 14 000 ha wiederum unverändert. Im Futterhackfruchtanbau ist eine starke Verschiebung vom Steckrüben- zum Runkelrübenanbau zu erkennen. Die Bevorzugung der Runkelrüben dürfte durch die allgemein höher liegenden Erträge der Runkelrüben, besonders aber durch die unzureichenden Erträge der Kohlrüben im Vorjahr verstärkt in Erscheinung getreten sein.

Trotz stärkerer Auswinterungsschäden stieg die Winterrapsanbaufläche nochmals um 6 000 ha (+ 17%) gegenüber 1968 und übertrifft den mehrjährigen Durchschnitt damit um 71%. Die Anbaufläche von Sommerraps und Rübsen stieg - witterungsbedingt - um 1 100 ha (+ 48%). Insgesamt wurden in Schleswig-Holstein 1969 fast 46 000 ha Ölfrüchte angebaut.

Rückläufig war der Ackerfutterbau, ebenso ging die Dauergrünlandfläche zurück. Von den Einzelpositionen des Ackerfutterbaus hat allein der Grünmais eine erhebliche Ausdehnung auf nunmehr gut 3 500 ha erfahren; er spielt im Rahmen des gesamten Ackerfutterbaus und der Hauptfutterfläche allerdings erst eine untergeordnete Rolle.

Dr. Matthias Sievers

Nochmals stark reduziert wurde der Kartoffelanbau. Der Anbau von Frühkartoffeln ging

Vergleiche auch: "Anbau und Ernte 1967" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 80 (April)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

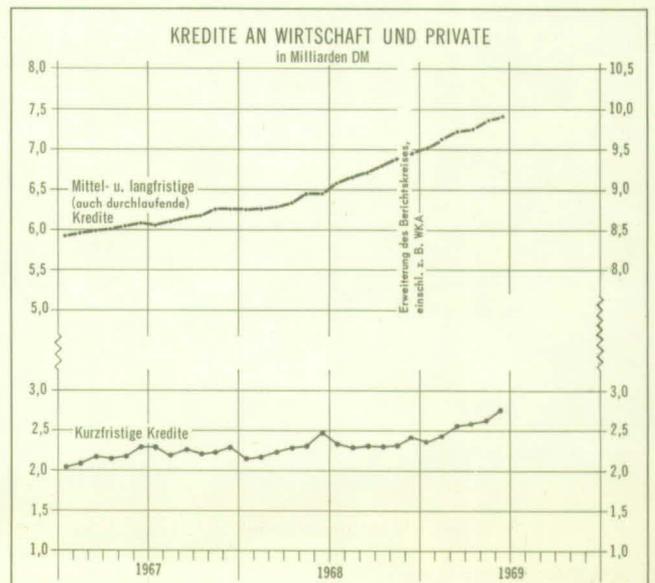
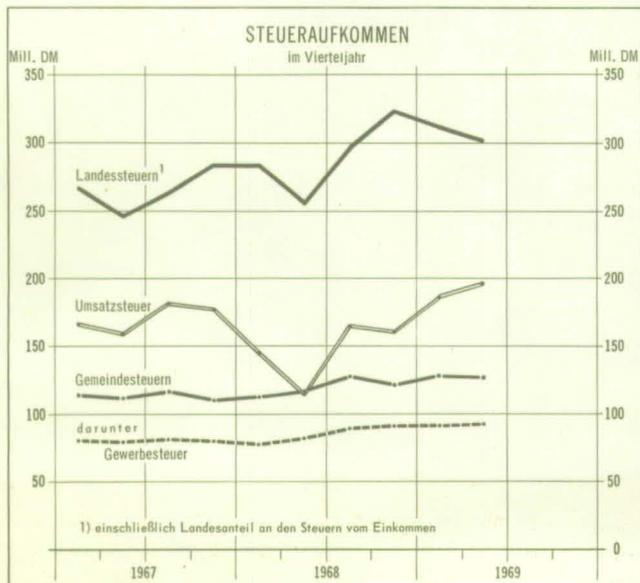
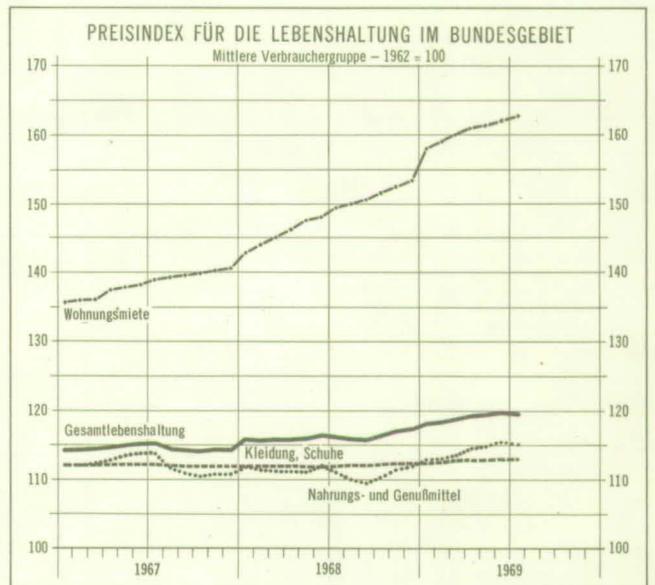
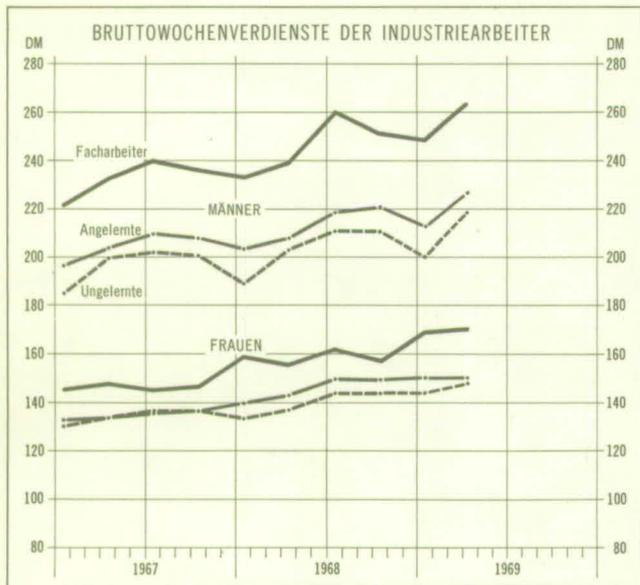
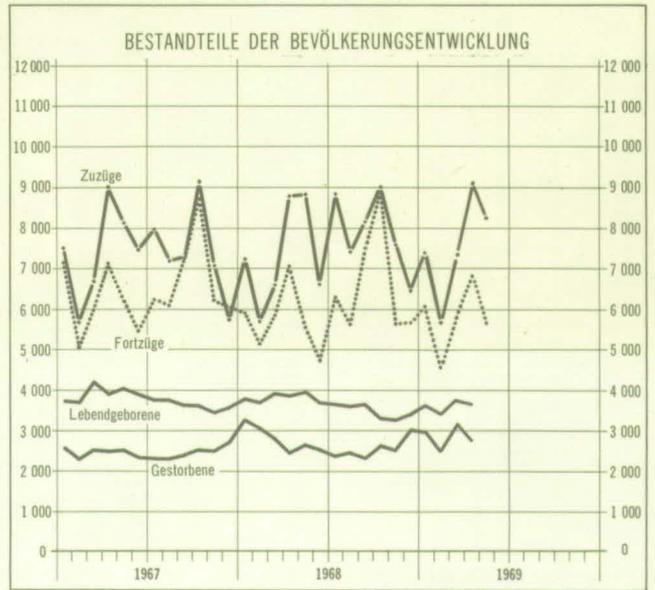
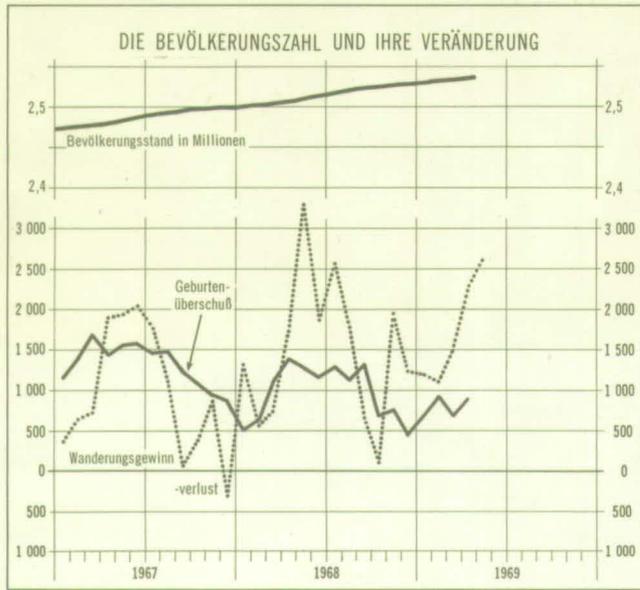
. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

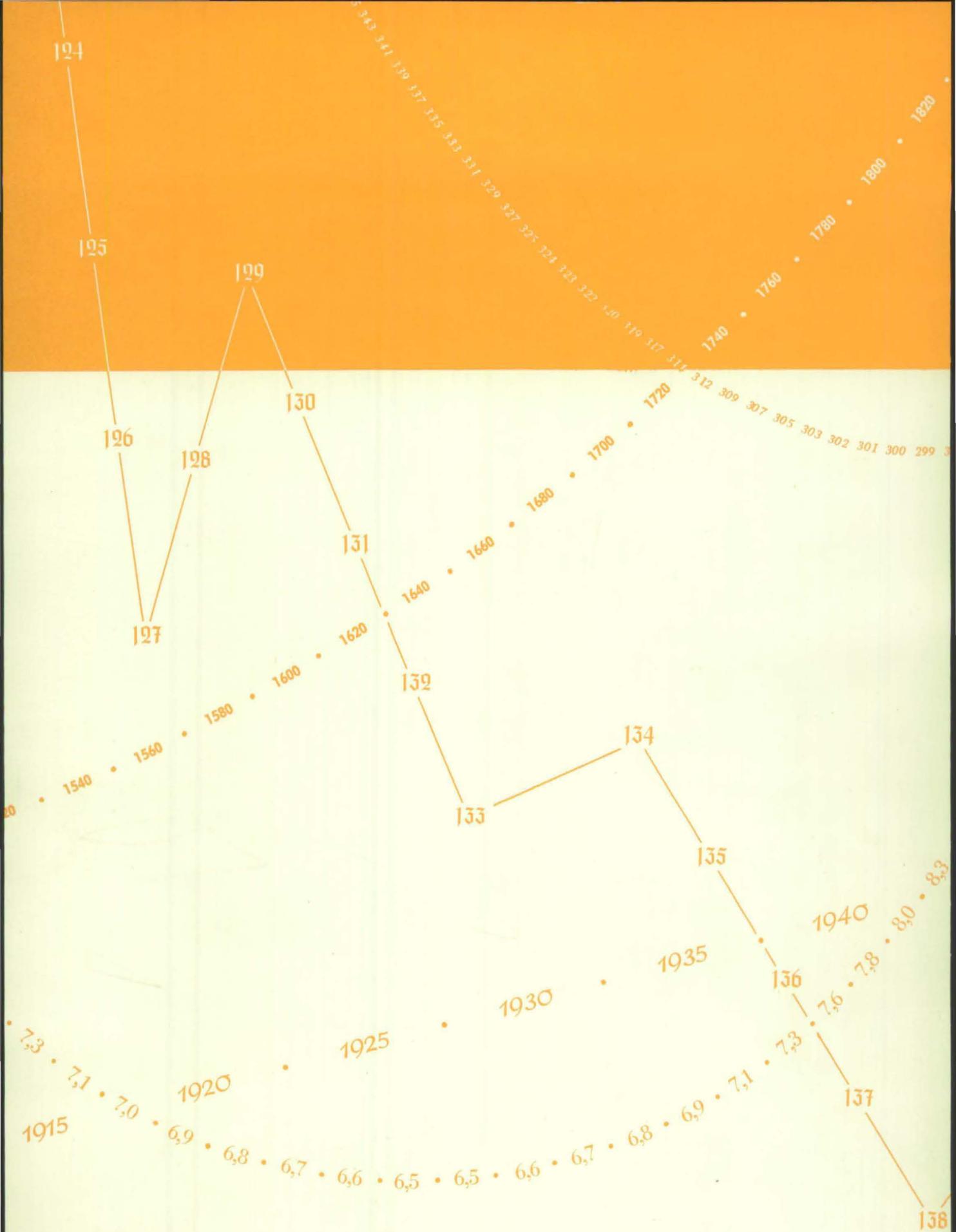
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen